

**Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau-
und Fabrikarbeiterverbänden**



**Weltkonferenz für die Bergbauindustrien
23. – 25. November 2004
Boksburg, Südafrika**



**Globaler Bergbau
Globale Herausforderungen
Globale Gewerkschaftsaktionen**

Gewidmet allen Frauen und Männern, lebend und tot, in Anerkennung ihres selbstlosen Einsatz für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und für soziale Gerechtigkeit in der Bergbauindustrie in den vergangenen 125 Jahren.

Von
Gino Govender
Bergbau- und Energiebeauftragter
ICEM-Zentrale, Brüssel

INHALT

Seite

Einleitung	3
TEIL I: Eine ökonomische Bestandsaufnahme der Bergbauindustrie heute.....	6
1.1 Gesteigertes Angebot, gesteigerte Nachfrage	7
1.3 Big Mining - vergleichsweise klein?	9
1.4 Die Zukunft heißt Kohle	9
1.5 China.....	11
TEIL II: Bergbau und Politik	14
2.1 Die Auswirkungen direkter Auslandsinvestitionen (FDI)	15
2.2 Das Szenario „Bergbau ist schlecht“	15
2.3 Das Szenario „Bergbau ist gut“	16
2.4 Revolutionärer Wandel in Südafrika	17
2.5 Multinationale Bergbaukonzerne und Sozialpolitik.....	18
2.6 Abschluss globaler Vereinbarungen mit multinationalen Unternehmen.....	20
TEIL III: Ein Sozialprofil der globalen Bergbauindustrie	21
3.1 Menschenwürdige Arbeit - ein erstrebenswertes Ziel für alle	22
3.2 Beschäftigung im Bergbau.....	22
3.3 Umstrukturierung, Strukturverkleinerung und Stilllegungen	23
3.4 Verstärkte Fremdvergabe traditioneller Bergbautätigkeiten an Subunternehmen. 25	
3.5 Frauen im Bergbau	27
3.6 Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Umweltschutz.....	28
3.7 Klimawandel	29
TEIL IV: Der Bergbau und die Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung.....	32
4.1 Zehn Jahre Diskussionen	33
4.2 Der UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD)	33
4.3 Zwischenstaatliche Aktionen auf globaler Ebene	34
4.4 Initiativen der Unternehmen.....	36
4.5 Nachhaltigkeitsorientierte Berichterstattung.....	37
4.6 Internationale Finanzinstitutionen	38
4.6.1 Die Weltbank	38
4.6.2 Die Äquatorprinzipien	40
TEIL V: Die ICEM und ihre Mitglieder	42
5.1 HIV/ AIDS.....	43
5.2 Kleinbergbau	44
5.3 Das globale Rio Tinto-Netzwerk	44
5.4 Globale Vereinbarung mit AngloGold	45
5.5 Tödliche Unfälle in Bergbaubetrieben	46
5.6 Proteste gegen Minenstilllegungen, gewerkschaftsfeindliche Taktiken und Verletzung von Grundrechten	46
5.7 IAO-Dreierkonferenz über die Entwicklung der Beschäftigung, Arbeitszeit und Ausbildung im Bergbau.....	47
5.8 Internationale Solidaritätskonferenz der Bergbaugewerkschaften und der maritimen Gewerkschaften	48
5.9 Gewerkschaftliche Aufbauprojekte.....	49
5.10 Arbeit vor Ort	49
6. Schlussfolgerungen.....	49

Einleitung

Mineralische Rohstoffe bestimmen unser Alltagsleben in mannigfacher Weise. Unser modernes Leben wäre ohne sie schwierig, ja kaum vorstellbar. Die Rohstoffe, die wir aus dem Boden fördern, sind so wichtig für unser modernes Leben und natürlich für das Leben selbst wie Wasser und Nahrungsmittel. Jede wirtschaftliche Aktivität innerhalb einer Volkswirtschaft wie zum Beispiel Energieproduktion, Landwirtschaft, Bauindustrie, be- und verarbeitendes Gewerbe, Verkehr, Kunst, Kultur und Wissenschaft sind in der einen oder anderen Weise von mineralischen Rohstoffen abhängig.

Seit Anbeginn der Zivilisation entringt der Mensch der Erde Mineralien und Metalle. Das exponentielle Wachstum, das wir heute in den Bereichen Förderung, Verkauf, Verarbeitung und Verbrauch erleben, muss im Kontext der wachsenden Integration der globalen menschlichen Gemeinschaft gesehen werden. Die Geschichte kennt Imperien, Königreiche und überlegene Nationalstaaten, die die Welt beherrschten und aus dieser Position heraus politische Macht ausübten und den Welthandel bestimmten. Heute nennen wir diesen Prozess „Globalisierung“. Damals waren es Armeen, Missionare, Händler, Schiffsbauer, Abenteurer und globale Unternehmer wie die Holländische und die Britische Ostindiengesellschaft, die diese Entwicklung bestimmten.

Inzwischen hat die um sich greifende wirtschaftliche Globalisierung durch die Privatisierung von Waren und Dienstleistungen, die Deregulierung der Märkte und die Liberalisierung des Handels eine neue Weltordnung geschaffen, in der multinationale Unternehmen die Führungsrolle in den globalen Logistikketten übernommen haben. Die Macht der internationalen Handelsgesetze und multinationalen Unternehmen hat auf eine kaum noch zu erfassende Weise zugenommen – auf Kosten der Handlungsfreiheit lokaler Gemeinden, lokalen Wohlstands, lokaler Kenntnisse, lokaler Kultur und jahrelanger Traditionen.

Die Anzahl multinationaler Unternehmen ist von 3.000 im Jahre 1990 auf mehr als 63.000 zum aktuellen Zeitpunkt gestiegen, dazu kommen 820.000 Tochtergesellschaften. Sie beschäftigen rund 90 Millionen ArbeitnehmerInnen, davon 20 Millionen in sich entwickelnden Volkswirtschaften. Die „Top Tausend“ dieser Konzerne vereinigen 80 % der weltweiten Wirtschaftsleistung auf sich. Die wohlhabendsten Unternehmen befinden sich in den USA, Europa und Japan.

Vorteile und Nutzen der modernen Globalisierung sind heute in Bereichen wie Kommunikation, Reisen, Wissensverbreitung und Handel deutlich sichtbar – allerdings auch das zunehmende Gefälle zwischen Reich und Arm. Nach mehr als einem Jahrhundert Industrialisierung sind die globalen Ungleichheiten sogar im Bergbau nicht zu übersehen. Von dem mehr als 100 Ländern weltweit, die Metalle und mineralische Rohstoffe aus dem Boden fördern, können etwas 56 als „Bergbaunationen“ bezeichnet werden, wenn man die Bedeutung dieses Sektors für den einheimischen Bedarf und seinen Anteil am Exporteinkommen zugrunde legt. Geschätzte 3,9 Milliarden Menschen leben in diesen Bergbaunationen, davon verdienen 3,5 Milliarden Menschen weniger als 2 Dollar pro Tag, sie bilden fast zwei Drittel der ärmsten Bevölkerungsteile der Welt.¹ Als Arbeitnehmer geht uns das Schicksal dieser Menschen ganz sicher etwas an.

Welche *Erwartungen* haben wir an diesen Wirtschaftszweig?

- Bergleute fordern die *Einhaltung ihrer Arbeitsrechte*, menschenwürdige Arbeit, gute Sozialleistungen, eine sichere und gesunde Arbeitsumgebung und genug Zeit für ihre Familie und ihre Freunde;
- Die Bergbaugemeinden fordern die *Einhaltung der Menschenrechte*, Respekt gegenüber der Umwelt, vernünftige Beschäftigungsmöglichkeiten, Entwicklung sozialer Infrastrukturen und eine Perspektive nach Abbau der vorhandenen Erzvorkommen und der eventuellen Schließung der Mine;
- Die gesamte Gesellschaft muss an dem *Nutzen und dem Gewinn beteiligt werden*, der aus der Förderung und Erschließung mineralischer Rohstoffe erwirtschaftet wird – nicht nur einige wenige Individuen.

Die ICEM will einen Bergbau, der *sicher, human und produktiv ist*. Die Investoren auf der anderen Seite wollen ständig höhere Dividenden, und die Verbraucherseite will sichere und bezahlbare Produkte, die akzeptable gesellschaftliche Normen erfüllen. Damit die Wirtschaft eine Politik im Sinne einer echten nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert umsetzen kann, akzeptieren die meisten gesellschaftlichen Interessengruppen und besonders die ICEM, dass wir eine radikal neue Denk- und Betrachtungsweise brauchen.

In den vergangenen vier Jahren hat eine Reihe wichtiger Prozesse auf die Fähigkeit der Bergbauindustrie hingewiesen, einen positiven Beitrag zur Suche nach einer wirklich nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Es gibt eine ausreichend große Zahl wissenschaftlich fundierter programmatischer Vorschläge und Empfehlungen, an denen zahlreiche Interessengruppen mitgearbeitet haben und die der Bergbauindustrie beim Erreichen dieser Ziele helfen werden. Die Umsetzung dieser Programme in konkrete Aktionen erfordert *Engagement und Entschlossenheit* der Entscheidungsträger beim Umbau eines Wirtschaftszweigs, der die Anforderungen einer globalen Bevölkerung heute und morgen erfüllen muss. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Frage, ob das Gleichgewicht der Kräfte in der Bergbauindustrie so beeinflusst werden kann, dass dieser Weg der Zukunftsfähigkeit auch tatsächlich gegangen wird.

Marktforschungsunternehmen sagen uns, dass wir zurzeit den ersten Bergbauboom des 21. Jahrhunderts erleben und dass diese Entwicklung vermutlich über die nächsten zehn Jahre anhält. Die entscheidende Frage ist nicht *ob*, sondern *wie* wir als Gewerkschaft die mit diesem Boom einhergehenden Möglichkeiten nutzen können, unsere Anliegen publik zu machen und *ein besseres Leben für alle diejenigen zu fordern*, die im Bergbau ihren Lebensunterhalt verdienen.

Das soll nicht als ein neuer Aufruf zum Kampf verstanden werden. Bergarbeiter können auf eine beeindruckende Bilanz erfolgreich bestrittener Konflikte am Arbeitsplatz, in den Bergbaugemeinden und in der Gesellschaft insgesamt zurückblicken. Viele der Forderungen, um die es den Bergleuten vor mehr als einem Jahrhundert ging und die den 8-Stunden-Tag, anständige Löhne und Arbeitsbedingungen, angemessene Altersbezüge und gesellschaftliche Anerkennung beinhalteten, gehören in einer zunehmend integrierten und globalisierten Wirtschaft auch heute noch zu unseren programmatischen Zielen.

Ein vor kurzem veröffentlichter Bericht der World Commission on the Social Dimension of Globalisation mit dem Titel „*A Fair Globalisation: Creating Opportunities for All*“, fordert erwartungsgemäß einen bessere Globalisierungsprozess mit einer starken sozialen Dimension, Einhaltung der Menschenrechte, Würde, Einbindung, Demokratie und konkreten Nutzen für alle. Dieser Prozess wird durch folgende Grundsätze unterlegt, die in gleicher Weise für den Bergbau gelten können:

- *Mensch im Mittelpunkt*
- *Ein demokratischer und effizienter Staat*
- *Nachhaltige Entwicklung.*
- *Produktive und faire Märkte*
- *Faire Regeln*
- *Globalisierung mit Solidarität*
- *Umfangreichere Rechenschaftspflicht den Menschen gegenüber*
- *Tiefer gehende Partnerschaften*
- *Effiziente Vereinte Nationen*

¹ Treasure or Trouble? Mining and Development. Weltbank und International Finance Corporation. Washington DC (2002)

² Zu den Vorsitzenden der Kommission gehörten zwei amtierende Staatschefs (aus Finnland und Tansania). Die Kommission bestand aus Mitgliedern von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen und fand unter der Schirmherrschaft der IAO statt. Der Bericht ist einzusehen unter <http://www.ilo.org/public/english/fairglobalization/index.htm> in den Sprachen Spanisch, Russisch, Arabisch, Französisch, Deutsch, Chinesisch und Italienisch

TEIL I: Eine ökonomische Bestandsaufnahme der Bergbauindustrie heute

1.1 Gesteigertes Angebot, gesteigerte Nachfrage

Die Produktion des Bergbausektors erreicht global einen Wert von geschätzten US\$ 315 Milliarden. Zurzeit verzeichnet dieser Wirtschaftszweig eine Rekordproduktion und einen ebenso hohen Rekordverbrauch an mineralischen Rohstoffen, zu erklären in erster Linie durch die hohe Nachfrage in Südostasien. Dies bestätigt eindrucksvoll, dass Wirtschaftswachstum und Industrialisierung ohne Metalle nicht möglich sind.

Die Produktion und der Verbrauch von Gold, Kupfer, Zink, Nickel und Eisenerz befinden sich auf hohem Niveau und legen weiter zu, sie erreichen zusammen ca. 60 % der Produktion von Non-Fuel-Mineralien. Im Jahre 2004 wurden diese Metalle zu Rekordpreisen an den Rohstoffbörsen gehandelt. In der Folge ist es deshalb zu verstärkten Investitionen im Bereich der Erschließung durch neue Bergbauunternehmen gekommen, und auch Lagerstätten mit geringem Erzgehalt werden verstärkt ausgebeutet, um die Nachfrage zu decken. Nach Aussagen der Metals Economics Group werden die Ausgaben der neuen Unternehmen in diesem Markt mehr als US\$ 1,1 Milliarden erreichen und damit fast doppelt so hoch liegen wie im vergangenen Jahr.¹

Aus der Perspektive der Bergbauinvestitionen sind Länder wie Australien, Kanada, Chile, Südafrika und Brasilien die interessantesten fünf Zielländer der Welt. Die 2004 zu verzeichnenden verstärkten Explorationsinvestitionen sind ein Indiz für das Wohlergehen dieses Wirtschaftszweigs. Gold zieht die meisten Investoren an, gefolgt von Kupfer und Nickel. Der größte Teil der Investitionen in vorhandene oder neue Betriebe (Brownfield- und Greenfield-Projekte) fließt nach Lateinamerika.

Abb. 1. Bergbauinvestitionen nach Regionen, 2003²

	Projektinvestition		Exploration	
	Milliarden US\$	%	%	
Lateinamerika	25	30	24	
Ozeanien	17	21	16	
Afrika	13	15	17	
Nordamerika	12	15	29	
Asien	11	14	7	
Europa	4	5	7	
Gesamt	82	100	100	

Weltweit gibt es ca. 2.500 Metallbergwerke. Die Anzahl der registrierten Minengesellschaften ist nicht bekannt. Die Anzahl der Unternehmen, die Gold, Kupfer und Eisenerz produzieren (in der westlichen Hemisphäre) beträgt 385, obwohl eine exakte Angabe aufgrund der Aktivitäten der zahlreichen kleinen Goldminen immer problematisch ist.

Abb. 2. Globale Bergbauproduktion 2000 in Mio. Tonnen (Mt)³

Kohle	4.400
Eisenmetalle	600
Nichteisenmetalle	185
Edelmetalle	20
Industriemineralien	545
Gesamt	5.750

Metallbergbau in nennenswertem Umfang gibt es in ca. 75 bis 100 Ländern. Mehr als 4.100 Mt Metallerze werden jedes Jahr gefördert. 80 % dieser Menge entfallen aber auf die folgenden zehn wichtigsten Länder (gemessen an der Menge der produzierten Metallerze):

1. USA
2. Chile
3. China
4. Australien
5. Brasilien
6. Südafrika
7. Russland
8. Kanada
9. Peru
10. Ukraine

1.2 Globale Konsolidierung

Die Bergbaukonzerne haben sich in den vergangenen Jahren neu aufgestellt und begegnen der gestiegenen Nachfrage durch eine Erweiterung ihrer Kapazitäten. Schätzungsweise sind in den vergangenen vier Jahren mehr als 80 Milliarden US-Dollar für die Konsolidierung der globalen Bergbauindustrie in Form von Fusionen und Zusammenschlüssen ausgegeben worden (M&A = Mergers & Acquisitions)).

Bei den meisten M&A handelt es sich um friedliche und im gegenseitigen Einverständnis erfolgte Übernahmen. Der globale M&A-Boom hat jedoch die Gesamtstruktur dieses Wirtschaftszweigs nicht so deutlich verändert, wie man hätte erwarten können. Die großen Bergbaukonzerne werden nur einfach immer größer. Im Februar 2002 schloss Newmont die Übernahme von Normandy ab, warf damit AngloGold mit seinem Übernahmeangebot aus dem Rennen und stieg zum weltweit größten Goldproduzenten auf. Im Gegenzug begann AngloGold Fusionsverhandlungen mit Ghanas Ashanti Goldfields, und nachdem die Regierung Ghanas grünes Licht gegeben hatte, entstand mit AngloGold Ashanti ein neues afrikanisches Superkonglomerat. Harmony versuchte im Rahmen einer „feindlichen Übernahme“, sich Goldfields einzuverleiben, diese wiederum streben eine Fusion mit dem kanadischen Newcomer IAMGold an. Norilsk übernahm vor kurzem den 20 %-Anteil von Anglo an Goldfields. All dies dient der weiteren Konsolidierung innerhalb des stark fragmentierten Goldsektors. Die BHP-Billiton-Fusion führte zur Gründung des weltweit größten diversifizierten Mineralkonzerns. Die nachstehende Tabelle ist einer aktuellen Pressemitteilung der Raw Materials Group entnommen und gibt eine Übersicht über das neue, Ende 2003 erreichte Gleichgewicht der Kräfte. ⁴

Abb. 3. Führende Metallbergbaukonzerne 2003

Unternehmen	Rang 2001	Land	Anteil an der globalen Minenproduktion (%)	Beschäftigte	Länder
1 Anglo American plc	1	VK/SA	6.7	165 000 ⁵	55
2 BHP Billiton Group	3	VK/AUS	3.9	65 000	15
3 Rio Tinto	2	AUS	3.8	60 000	20
4 Norilsk Nickel	5	Russland	3.1	63 500	8 ⁶
5 CVRD	4	Brasilien	2.9	14 289	12
6 Codelco	6	Chile	2.1	34 609 ⁷	1
7 Newmont	8	USA	2.0	26 119 ⁸	11

8	Noranda	14	USA	1.4	15 000	8
9	Barrick	19	Kanada	1.3	4 675	7
10	Phelps Dodge	13	USA	1.3	14 000	28

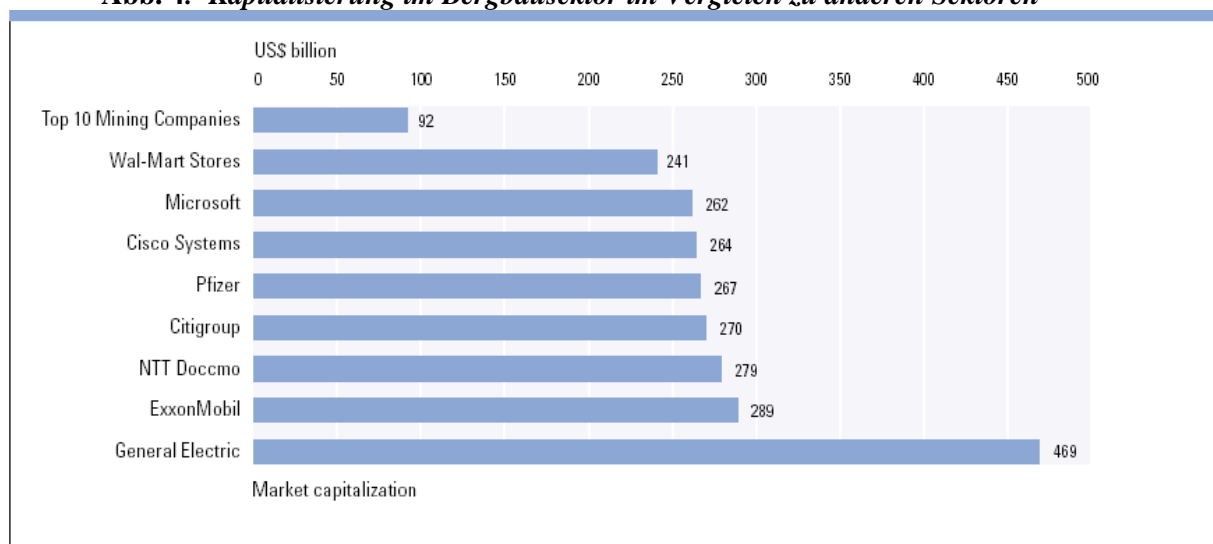
Obwohl Anglo American mehrere Goldminen in Südafrika abgestoßen hat, hält der Konzern seit 25 Jahren unangefochten den ersten Platz in der Branche. Der Aufstieg von Barrick und Newmont ist auf die Übernahme von Homestake und Normandy zurückzuführen. Die Nachfrage nach Kupfer hat zum Aufstieg von Noranda und Phelps Dodge in die Top Ten beigetragen.

Die großen Metallproduzenten in Indien, Japan und China erhöhen ebenfalls ihre Anteile an ausländischen Minen in Australien, Chile, Peru und Sambia. Auf diese Weise wollen sie langfristig die Versorgung ihrer eigenen Produktionsbetriebe sichern.

1.3 Big Mining – vergleichsweise klein?

Im globalen Kontext muss man den Begriff „Big Mining“ relativieren, wenn man andere globale Spieler wie Microsoft, ExxonMobil und General Electric als Vergleichsmaßstab nimmt. Das ist auf die fragmentierte Struktur der Bergbauindustrie zurückzuführen, die sich erheblich von einem Ölkonzern mit allen seinen vor- und nachgelagerten Aktivitäten von Exploration und Förderung über Produktion und Weiterverarbeitung bis hin zu Verteilung und zu den Tankstellen unterscheidet. Eigentumsverhältnisse und Kontrolle der einzelnen Stufen von Exploration über Förderung, Schmelzen und Herstellung bis hin zu Marketing und Recycling sind fragmentiert und lassen den Wunsch nach einer kohärenten und konsolidierten Struktur entstehen. Die großen Eisenerzproduzenten sind Bergbaukonzerne, keine Stahlkonzerne. Iscor, ein integrierter früherer südafrikanischer staatlicher Eisenerzförderer und Stahlproduzent, hat vor kurzem die Bergbau- und Produktionssparte des Konzerns getrennt.

Abb. 4: Kapitalisierung im Bergbausektor im Vergleich zu anderen Sektoren



Quelle:: *Breaking New Ground, Bericht des MMSD-Projekts*

1.4 Die Zukunft heißt Kohle

Es ist erst ein paar Jahre her, da wurde Kohle als der vergessene Energieträger angesehen, weit abgeschlagen hinter Öl und Gas. Die Kohle bleibt aber ein wichtiger Faktor im

weltweiten Energiemix. Sie ist preiswert, in großen Mengen verfügbar, gleichmäßig auf dem Globus verteilt und leicht zu lagern und zu transportieren. Der Ölpreis ist streckenweise auf über 50 US-Dollar pro Barrel gestiegen und hat die preiswerte 10-US-Dollar-pro-Barrel-Phase endgültig beendet. Die Ölexperten gehen davon aus, dass wir das Zeitalter der Spitzenproduktion bereits erreicht haben, denn die bisher bekannten Reserven werden bis zum Jahre 2050 erschöpft sein. Eine angemessene Energieversorgung ist für alle Länder der Welt eine wichtige Voraussetzung, um den grundlegenden Energiebedarf ihrer Bevölkerung zu decken und ihre eigene nachhaltige wirtschaftliche und industrielle Entwicklung zu sichern. Angesichts der steigenden Ölpreise befassen sich viele Länder immer intensiver mit Energiealternativen, um ihre Energieversorgung zu sichern.

In den vergangenen drei Jahren ist der Preis für Koks auf den Spotmärkten von \$ 70 pro Tonne auf den diesjährigen Höchststand von \$ 450 gestiegen. Zurzeit hat sich der Preis auf \$ 250-300 pro Tonne eingependelt. Kohle hat in den USA ein Comeback gefeiert – Erfahrungen mit Gas waren eher desillusionierend, und es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage aus sich schnell entwickelnden Ländern wie China und Indien auch in Zukunft weiter steigen wird. 92 Kohlekraftwerke mit einem Investitionsvolumen von US\$ 69 Milliarden sind für die nächsten Jahre geplant.

Die globale Kohleindustrie hat in den vergangenen Jahren einen umfassenden und auch schmerzhaften Umstrukturierungsprozess erlebt. Die Beteiligung ausländischer Unternehmen an vormals landeseigenen Industriezweigen hat zugenommen. Rio Tinto, Anglo-American und Rheinbraun sind umfassend auf Einkaufstour gegangen. Es gibt vier Trends, die eindeutig auf eine weitere globale Konsolidierung und die Entstehung neuer Konzerne mit globalen Auswirkungen auf diesen Wirtschaftszweig hindeuten.

Diese Trends sind:

- stetig wachsender Anteil der exportierten Kohleförderung;
- geplante Privatisierung bisher staatlicher Kohleproduzenten;
- Auftritt ausländischer Konzerne in vorher rein nationalen Wirtschaftszweigen; und
- Konsolidierung einer globalen Kontrolle und globaler Eigentumsverhältnisse im Kohlesektor.

Größe und Diversifizierung im internationalen Kohlehandel sind einmalig. Die weltweit größten Kohleproduzenten sind China und die USA. Die größten Kohleproduzenten sind allerdings nicht unbedingt die größten Kohleexporteure. Australien ist der weltweit führende Steinkohleexporteur. Andere große Exportnationen sind die USA (mit Ausfuhren in mehr als 29 Länder) und Südafrika. Für einige Länder wie Australien und Kolumbien sind Kohleexporte für die Volkswirtschaft von wesentlich größerer Bedeutung als der einheimische Kohleverbrauch. Auf der anderen Seite importieren Großproduzenten wie China, die USA und Indien selbst Kohle aus Qualitäts- und Logistikgründen.

Nur ein geringer Anteil der Weltkohleproduktion wird exportiert, trotzdem steigt die Menge der international gehandelten Kohle jedes Jahr an. In Westeuropa haben Volkswirtschaften, die sich früher selbst mit Kohle versorgt haben, mit dem Import von Kohle begonnen. Strengere Umweltauflagen und die im Kyoto-Protokoll festgesetzten Emissionsgrenzen für Treibhausgase begünstigen den Umstieg auf andere Energiequellen wie Erdgas, dessen Einsatz überall schnell expandiert.

Die folgende Tabelle aus dem Petroleum Economist zeigt die steigende Nachfrage nach Kohle:

Abb 5: Globale Exporte in Millionen Tonnen

	2001	2002	2003	Änderung in %
Australien	86.6	100.0	104.0	4
USA	20.8	18.1	21.0	16
Südafrika	65.0	67.0	69.0	3
Indonesien	63.0	71.0	86.0	21.1
Polen	19.0	19.0	18.0	-5.3
China	71.6	73.0	80.0	9.6
Kolumbien	37.0	32.0	42.0	31.3
Russland	29.0	33.0	37.0	12.1

Abb 6: Globale Importe in Millionen Tonnen

	2001	2002	2003	Änderungen in %
Japan	92	94	103	9.6
Rest der Welt	349	352	365	3.7

Kohle wird heute für 55 % der Stromerzeugung in den USA und für 70 % der Stromerzeugung in Indien und China eingesetzt – das sind die drei Länder mit den höchsten Einwohnerzahlen der Welt. Mehr als die Hälfte der weltweiten Kohleproduktion liefert zurzeit rund 37 % des auf der Welt verbrauchten Stroms. Viele Länder sind bei der Stromerzeugung in erster Linie von der Kohle abhängig, dazu gehören (Stand 1998): Polen (96 %), Südafrika (90 %), Australien (86 %), China (81 %), Indien (75 %), die Tschechische Republik (74 %), Griechenland (70 %), Dänemark (59 %) und die USA (56 %). Der ständig wachsende Energiehunger kann auf der ganzen Welt nur durch die umfassende Verfügbarkeit von Kohle gestillt werden. Es wird davon ausgegangen, dass bei Beibehaltung der aktuellen Produktions- und Verbrauchsmengen Kohle noch weitere 200 Jahre zur Verfügung stehen wird.

BP hat in seiner im Juni 2004 veröffentlichten 53. Ausgabe der „Statistical Review of World Energy“ geschrieben, dass Kohle im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr weltweit mit fast 7 % der Energieträger mit den höchsten Zuwachsraten war. Dies wurde zwar in erster Linie durch den rasanten Verbrauchsanstieg in Südostasien bewirkt, die Kohlenachfrage in anderen Teilen der Welt war aber ebenfalls groß.

Entwicklung und Modernisierung eines Landes basieren auf der Verfügbarkeit von Energie und Elektrizität für die Industrie und auf modernen Verkehrsinfrastrukturen. Die steigende Energienachfrage wird immer mehr auf die fast unbegrenzte Verfügbarkeit von Kohle überall auf der Welt setzen. Dabei ist allerdings in den letzten Jahrzehnten auch erkannt worden, dass der Umweltschutz zu Recht einen hohen Stellenwert in unseren Gesellschaften bekommen hat.

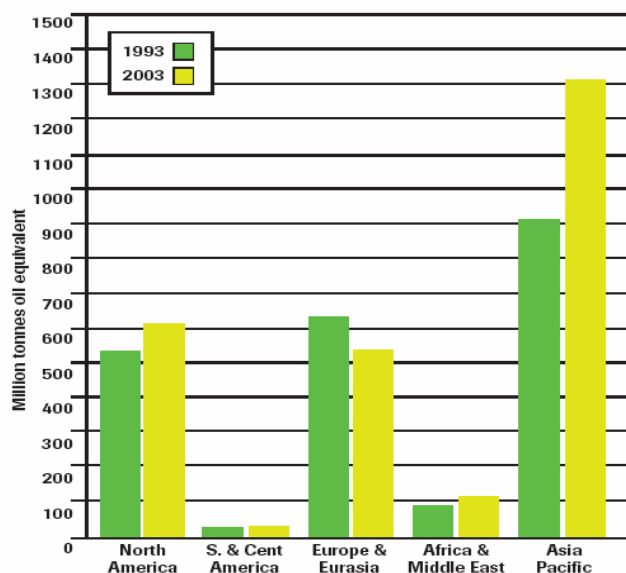
1.5 China

Chinas be- und verarbeitende Industrie wächst nicht nur, um die steigende Exportnachfrage zu decken, sondern auch, um die boomende Nachfrage der Mittelklasse im eigenen Land zu befriedigen. Rund 20 % der weltweit produzierten „weißen Ware“ wie Herde, Kühlschränke und Mikrowellenherde werden hier hergestellt. Die Produktion von High-Tech-Konsumgütern wie Fernseher, DVD-Player und jetzt auch Kraftfahrzeuge steigt. China ist

zum Produktionszentrum der Welt geworden, und sein Nachbar Indien holt schnell auf in diesem Rennen.

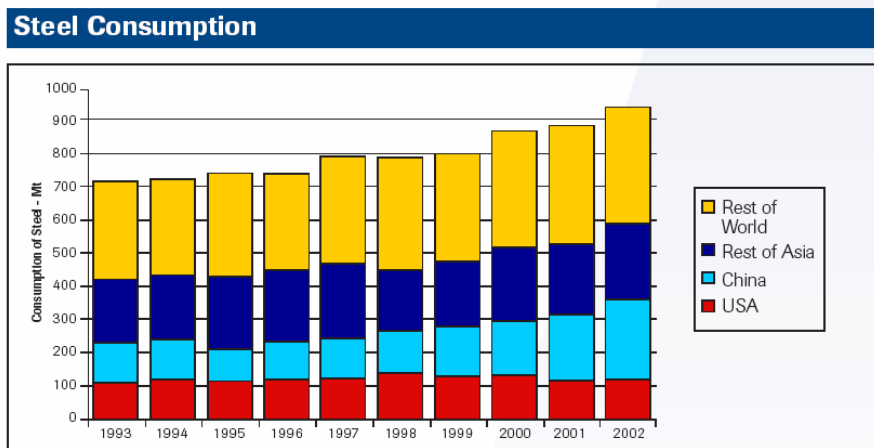
Kohle ist das Lebenselixier Chinas. Das Land ist mit einer geschätzten Produktion von 1,9 Milliarden Tonnen dieses Jahr (im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs um 10 %) der weltweit größte Produzent. Die Kohle behält ihre überragende Bedeutung für die Stromwirtschaft und die be- und verarbeitende Industrie Chinas. Fast 75 % der installierten 400.000 Megawatt-Kapazität des Landes wird mit Kohle befeuert, damit liegt das Land direkt hinter den USA. Um die ständig steigende Binnennachfrage zu decken, hat China alle Kohleexporte gestoppt und erschließt gerade neue Ölversorgungsquellen. Vor kurzem hat der Staat eine Vereinbarung mit dem südafrikanischen Energie- und Chemiekonzern SASOL über den Bau von zwei Kohleverflüssigungsanlagen in China unterzeichnet. Diese Anlagen zu einem Preis von je \$3 Milliarden werden jedes Jahr 60 Millionen Tonnen Flüssigtreibstoff (440 Millionen Barrel) produzieren. Da China im vergangenen Jahr 100 Millionen Tonnen Öl importiert hat, würde das Land mit diesen Anlagen weitgehend die Kontrolle über die eigene Energieversorgung erlangen, obwohl die Nachfrage steil ansteigt.

Abb. 7: Regionale Kohleverbrauch – 1993 & 2003⁹



Die globale Stahlproduktion wird von der Kohle bestimmt. Ca. 66 % der gesamten weltweiten Stahlproduktion hängen von der Kohle ab. China ist ebenfalls der größte Produzent und Verbraucher von Stahl und hat den USA den ersten Rang abgelassen. Die olympischen Spiele 2008 in Beijing werden zweifellos zu einem weiteren Anstieg des Bedarfs an mineralischen Rohstoffen führen.

Abb 8: Globaler Stahlverbrauch



Die deutsche Kohleindustrie versucht gerade, die Bundesregierung im Rahmen einer Kampagne von der Wiederbelebung der deutschen Kohle zu überzeugen, die seit langer Zeit als unwirtschaftlich angesehen wird und im Laufe der zehn kommenden Jahre endgültig begraben werden soll. Diese Offensive muss im Zusammenhang mit den steigenden Rohstoffpreisen weltweit, die in erster Linie auf den riesigen Bedarf der Chinesen zurückzuführen ist, und auf den Unmut der Öffentlichkeit und der Politik wegen der geplanten Erhöhung der Energiepreise durch die führenden deutschen Energiekonzerne gesehen werden. Deutschland verfügt über eine Reserve von 1 Milliarde Tonnen guter Koks-kohle. Der steile Anstieg des Kokspreises (Koks ist verkockte Kohle, die für die Stahlproduktion gebraucht wird), hat Deutschland besonders hart getroffen.

Lassen wir auch den Uranbergbau nicht außer Acht. Auf der Welt sind zurzeit 438 Atomkraftwerke in Betrieb, der Bau weiterer 30 Anlagen wurde entweder schon genehmigt oder ist in der Planung. Die Hälfte davon ist für China und Indien bestimmt. Kernkraft ist im Gegensatz zu Kohle nicht Gegenstand des Kyoto-Protokolls, da die Kohlendioxidemissionen dieser Anlagen vernachlässigbar gering sind. Es handelt sich hierbei um eine hochregulierte Industrie, und die Entsorgung ausgebrannter Brennelemente erfolgt unter internationaler Aufsicht. Die Forderung nach sauberer Luft wird der Kernkraft einen wichtigen Stellenwert in einem zukünftigen Energiemixszenario sichern und deutet auf weiteres Wachstum in diesem Sektor hin.

¹ Mining Journal, London, 1. Oktober 2004

² Raw Minerals Data & Metals Economics Group. 2443

³ L Weber, "Recent trends in World Mining – Quo Vadis?" Herausgeber AK Ghose und LK Bose, Neu Delhi 2003

⁴ Raw Materials Group Pressemitteilung, 11. Oktober 2004

⁵ Beinhaltet 30 000 Auftragnehmer – Quelle: Website des Unternehmens

⁶ Beinhaltet Goldfields-Betriebe in Südafrika, Ghana, Peru und Australien – Jahresbericht 2003

⁷ Beinhaltet 17 614 Beschäftigte bei Subunternehmen – Quelle: Website des Unternehmens

⁸ Beinhaltet 12 664 Beschäftigte bei Subunternehmen – Quelle: Website des Unternehmens

⁹ Energy in Focus – BP Statistical Review of World Energy, Juni 2004

TEIL II: Bergbau und Politik

2.1 Die Auswirkungen direkter Auslandsinvestitionen (FDI)

Der größte Teil der Bergbaunationen verlässt sich weiterhin auf FDI als Mittel der Wahl zur Finanzierung des Rohstoffsektors. Die Bedingungen für diese Finanzierungen werden bestimmt durch die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die die Privatisierung staatlich kontrollierter Mineralienvorkommen, öffentlicher Unternehmen und einen tiefgreifenden Wandel beinhalten, um ein so genanntes „investorfreundliches Klima“ zu schaffen. Unter Verweis auf einen UN-Bericht hieß es bei Oxfam America neulich:

„Direkte Auslandsinvestitionen sind zu so einem wichtigen Teil der globalen Entwicklungsstrategien geworden, dass sie Auslandshilfen als wichtigste Quelle ausländischen Kapitals für zahlreiche Entwicklungsländer verdrängt haben. Heute entfallen ca. 60 Prozent des jährlich in die Entwicklungsländer fließenden Kapitals auf FDI, das ist zehnmal mehr, als die offizielle Entwicklungshilfe aufbringt.“¹

Aus geschichtlichen Gründen sind zahlreiche Länder kaum in der Lage, die neuen Forderungen der internationalen Finanzinstitutionen und Konzerne zu erfüllen, die sich in diesen besagten Ländern engagieren wollen. Zu diesen Problemen zählen oft:

- Fehlen geeigneter und umfassender Vorschriften und Regulierungen für den Bergbau;
- Mangelhafte Sozial- und Umweltnormen; oder – falls derartige Normen existieren – finanziell und personell nicht ausreichend ausgestattete Behörden, um sie durchzusetzen;
- Fehlen technischen Know-hows an den Bergbaustandorten;
- Technologiemangel;
- moderne Infrastrukturen und Einrichtungen für aus dem Ausland entsandte Manager usw.

Die begleitende technische Unterstützung derartiger Investitionen beinhaltet u. a. geänderte Steuergesetze, öffentliche Institutionen zur Regulierung des Wirtschaftszweiges und Deregulierung der Arbeitsmärkte. Die Investoren erwarten eine hohe Kapitalrendite und orientieren sich in erster Linie dorthin, wo die Löhne niedrig sind, es weniger Reglementierung gibt und die Regierungen wenig entgegenzusetzen haben. Selbst die modernen Industrieländer wie Kanada, Deutschland, USA und Australien mit ihren höheren Löhnen im Bergbau, mit ihren guten Sozial- und Umweltstandards und mit ihren starken Regierungen sind nicht vom Diktat des Konzerngewinns ausgenommen.

2.2 Das Szenario „Bergbau ist schlecht“

Die Geschichte zeigt zwar, dass das Konfliktpotenzial im Bergbau besonders auf der südlichen Halbkugel mit all ihren ungelösten Sozial- und Umweltproblemen am weitesten verbreitet ist, die nördlichen Länder sind aber nicht die rühmliche Ausnahme. Es gibt eine Reihe gut dokumentierter Bergbaukonflikte u. a. in Peru (Yanacocha), Rumänien, Indonesien (Kelian/Grasberg), auf den Philippinen (Didipio), in Papua New Guinea (Tolukama), in Kolumbien (Drummond) und in Bolivien.

Im Rahmen der von der Weltbank finanzierten Extractive Industries Review (EIR – Studie zur Rohstoffpolitik) wurden mehrere Fallstudien zitiert, die ein Licht auf aktuelle Auseinandersetzungen und Konflikte werfen. Die Hauptursachen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Missachtung und Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten;

- schlechte Sicherheits- und Umweltstandards;
- ungezahlte Löhne;
- Verstöße gegen internationale Verträge und Übereinkommen;
- schlecht geplante Umsiedlungsprojekte;
- Landrechte und Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Wasser;
- Zerstörung der Kultur und der Lebensweise von Menschen;
- fehlende Transparenz und Partizipation lokaler Gemeinden mit der Folge korrupter Praktiken;
- schlechtes Management und unzureichende Weitergabe von Bergbauprofiten an die betroffenen Gemeinden;
- gebrochene Versprechen der Regierungen und Unternehmen;
- Auswirkungen des Bergbaus auf die Artenvielfalt, Naturschutzgebiete und Kulturstätten;
- Wasservergiftung durch Cyanid und unkontrollierte Ablagerung von Bergbauabraum mit nachfolgender Erkrankung der Bevölkerung;
- Einsatz öffentlicher und privater Sicherheitsdienste zur Unterdrückung legitimer Maßnahmen gegen schlechte Praktiken.

Diese Fälle sorgen natürlich für ein insgesamt schlechtes Image dieses Wirtschaftszweigs. Trotz der globalen Ausdehnung der Bergbauindustrie gibt es seitens unserer globalen Corporate Citizens nicht wirklich den politischen Willen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Viele Konzerne haben eigentlich gute Grundsatzprogramme, ihre Durchsetzung wird aber oft der Führungsriege auf lokaler Ebene überlassen. Hochkarätige Konfliktsituationen werden oft dem Instrumentarium der örtlichen „Krieg führenden Parteien“ anheimgestellt. Der Nachteil dieser Strategie besteht darin, dass die durchaus vorhandenen guten Praktiken durch das allgemein negative Image überschattet werden, das sich der Bergbau selbst gibt. Die Millionen von Dollar, die jährlich für die Imagepflege ausgegeben werden, sind deshalb aus gesamtindustrieller Sicht gesehen aus dem Fenster geworfenes Geld.

Auf der anderen Seite haben Regierungen ihre Bergbaupolitik selbst in die Hand genommen und reformiert. In den letzten zehn Jahren haben ca. 90 Länder² entweder neue Gesetze für den Bergbau erlassen, bestehende Rechtsvorschriften geändert oder sind gerade dabei, neue auszuarbeiten. Es gibt Beispiele sowohl für die Aussage „Bergbau ist gut“ als auch für die Aussage „Bergbau ist schlecht“. Das hängt teilweise davon ab, wie gut eine bestimmte Politik umgesetzt wird, und teilweise davon, ob örtliche Gewerkschaften und Gemeinden als wichtige gesellschaftliche Interessengruppen gesehen werden, die einen positiven Beitrag zum Bergbau leisten können, oder als Störfaktoren für den Gewinn des Konzerns. Ein schlechtes Szenario im Bergbau ist die Auffassung, dass die Bodenschätze eines Landes zum Plündern freigegeben sind.

2.3 Das Szenario „Bergbau ist gut“

Ein gutes Bergbauszenario erkennt man daran, dass die mineralischen Rohstoffe eines Landes als nationales Eigentum angesehen und zur Förderung umfassender sozio-ökonomischer Entwicklungsziele verwendet werden. Mineralische Rohstoffvorkommen sind irgendwann einmal abgebaut und erschöpft. Die wichtigste Rolle der Regierungen als Hüter des Rohstoffreichtums eines Landes kann im Prinzip wie folgt definiert werden:

- Sicherstellen, dass das Land insgesamt vom Bergbau profitiert;
- Handeln als Recht setzende und regulierende Instanz;
- Herstellen von Transparenz innerhalb des Sektors;
- Investitionen anziehen;

- Schutz der Rechte und des Wohlergehens der Arbeitnehmer und der Gemeinden, die vom Bergbau abhängig sind;
- Beteiligung der Gewerkschaften und der Gemeindeorganisationen an der Entwicklung und Umsetzung dieser Grundsätze.

In diesem Kontext sind die Regierungen aktiv Handelnde, die eine gute Bergbaupolitik und gute Praktiken fördern und bewahren. Viele Länder, die über umfassende Öl-, Gas- und Mineralvorkommen verfügen, haben Systeme eingeführt, über die die erwirtschafteten Gewinne der Gesellschaft insgesamt zugute kommen. Abgesehen von Steuerreformen haben mehrere Länder in Lateinamerika und Afrika, darunter Mali, Ghana, Südafrika, Peru und Chile, auch ein System von gewinn- oder umsatzbasierten Feld- und Förderabgaben (Mining Royalties) eingeführt. Es erstaunt natürlich nicht, dass die Einführung dieser Abgaben auf den Widerstand der Bergbaukonzerne gestoßen ist. Die Arbeitnehmer und die betroffenen Bergbaugemeinden in diesen Ländern unterstützen Maßnahmen dieser Art, die sozioökonomische Entwicklungsprojekte fördern.

Die staatliche chilenische Kupferkommission schätzt, dass die zehn größten Kupferproduzenten des Landes (dazu gehören Minen im Besitz von Anglo American und Phelps Dodge) innerhalb von elf Jahren \$ 1,8 Milliarden an Abgaben gezahlt haben, während sie seit 1990 Kupfer im Wert von \$ 43 Milliarden exportiert haben. Multinationale Unternehmen haben vergangenes Jahr ca. 69 % des landesweiten Kupfers produziert, während auf den staatlichen Betrieb Codelco, weltweit der größte Kupferproduzent, der verbleibende Anteil entfiel. Codelco unterstützt die Regierung in ihren Plänen, einen größeren Teil der aus dem Rohstoffreichtum des Landes erwirtschafteten Profite abzuschöpfen, denn viele Unternehmen ziehen sich aus der Schlinge und „zahlen keinen Cent“. Die Konzerne beklagen sich natürlich, aber die ertragreichen peruanischen Kupferlagerstätten und die vergleichsweise niedrigen Steuern halten sie davon ab, ihre Zelte woanders aufzuschlagen.

2.4 Revolutionärer Wandel in Südafrika

Die vielleicht revolutionärsten Veränderungen, die in den vergangenen Jahren die Bergbauindustrie eines Landes erlebt hat, fanden unter der Leitung der neuen demokratischen Regierung in Südafrika statt. Der Bergbau ist seit mehr als einem Jahrhundert die treibende Kraft der Industrialisierung Südafrikas. Unter der Kolonialherrschaft und später unter aufeinanderfolgenden Apartheid-Regimes war der Bergbau immer ein Mikrokosmos der südafrikanischen Gesellschaft. Trotz politischer Isolation und Sanktionen war der Bergbausektor im Vergleich zu anderen Ländern riesig, und die südafrikanischen Bergbaukonzerne sind in mehreren Mineralsektoren führend. Anglo American steht nach wie vor auf Rang 1 der Produzenten – und das seit 30 Jahren. Mehrere führende Minenkonzerne haben inzwischen ihre Hauptzulassung an die Londoner und New Yorker Börse verlegt. Nach Einführung der Demokratie konnten die Bergbauunternehmen offen im globalen Markt konkurrieren und ihre neu gewonnenen Freiheiten nach Jahrzehnten der Isolation für sich nutzen. Während südafrikanische Minenkonzerne im Ausland rasch expandierten, wurde der Zwang fundamentaler Reformen im Heimatland immer unübersehbarer.

Nach der Übernahme des Staates durch eine demokratisch legitimierte Regierung 1994 wurden zahlreiche Gesetzespakete im Rahmen solider dreigliedriger Verhandlungen vorgelegt und vom neuen Parlament verabschiedet. Dabei ging es um wichtige Themen wie Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Umweltmanagement, Bildung und Ausbildung, Beschäftigung, Eigentumsverhältnisse und Kontrolle. Diese Reformen wurden untermauert durch die Regierungsperspektive einer nicht-rassistischen und nicht-sexistischen Gesellschaft und einer Unternehmerlandschaft, die diese Vorstellung reflektiert. Vorher konnte die

Wirtschaft am besten durch einen Auszug einer Vorlage der NUM an den Mineralien- und Energieausschuss des Parlaments beschrieben werden:

„Südafrika verfügt im Überfluss über mineralische Rohstoffe und über die weltweit größten Vorkommen an Gold, Platin, Chrom und Kohle. Bergbau gibt es in Südafrika seit mehr als 100 Jahren für alle mineralischen Rohstoffe und besonders für Gold, Diamanten, Kupfer, Kohle usw. Die Bergbauindustrie hat im Verlauf dieser Jahre ein Vermögen im Wert von mehreren Milliarden Rand gescheffelt.

Trotz dieses Reichtums und der angehäuften Gewinne lebt die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung weiterhin in Armut. Darüber hinaus waren die Bergbauunternehmen ausschließlich einer Minderheit der Südafrikaner vorbehalten. Schwarze konnten nur als Arbeitnehmer partizipieren, die unter extrem harten Arbeits- und Lebensbedingungen existieren mussten. Die derzeit geltenden Bergbau- und Rohstoffgesetze bieten der Mehrheit der Südafrikaner nicht die Chance, an diesem Wirtschaftszweig zu partizipieren. Dies wird durch die Besitzverhältnisse und die Schürfrechte noch verschärft, die sich in den Händen einiger weniger Menschen befinden. Der Monopolcharakter der Bergbauindustrie bleibt weiter bestehen, denn nur einige wenige Konglomerate beherrschen diese Industrie³

Ein Prüfstein der neuen Politik und ein Meilenstein in der Bergbaugeschichte des Landes war die Verabschiedung des Mineral and Petroleum Resources Development Act mit u. a. folgenden Bestimmungen:

- Anerkennung der staatlichen Souveränität über die Mineralvorkommen; Funktion des Staates als Treuhänder;
- Förderung des gleichberechtigten Zugangs aller Bürger, bessere Möglichkeiten für bisher diskriminierte Bevölkerungsteile;
- Förderung von Beschäftigung und sozialer Fürsorge für alle;
- Abschaffung aller rassistischen Diskriminierungen innerhalb der Industrie;
- Einführung von staatlichen Förderabgaben

Die Zahlung von Förderabgaben für nicht-erneuerbare Rohstoffe wird gerade im Rahmen einer Gesetzesvorlage erörtert. Eine dreigliedrig verhandelte Bergbaucharta wurde vor kurzem verabschiedet, in ihrem Mittelpunkt steht die Förderung und Selbstbestimmung von historisch im Hinblick auf Beschäftigungschancen und Eigentumserwerb benachteiligten Bevölkerungsgruppen⁴ einschließlich Frauen mit eindeutigen Zielvorgaben. Sowohl die Arbeitgeber durch die Chamber of Mines als auch die Arbeitnehmer durch die National Union of Mineworkers haben umfassend an diesen Reformen mitgearbeitet.

Simbabwe, das mit seinem großen Bergbausektor über einen sicheren Devisenbringer verfügt, hat vor kurzem Gesetze für die wirtschaftliche Selbstbestimmung der schwarzen Bevölkerung erlassen, mit denen die „schwarze“ Eigentumsquote im Laufe der nächsten zehn Jahre auf bis zu 30 % erhöht werden soll.

2.5 Multinationale Bergbaukonzerne und Sozialpolitik

Während der gesamten Geschichte des Bergbaus und besonders in den 70er Jahren waren die Rolle und das Verhalten multinationaler Konzerne ein Thema für Menschenrechtsorganisationen. Die soziale Verantwortung der Unternehmen wurde zu einem neuen Trendbegriff der Konzerne, bestimmter Regierungen und der Zivilgesellschaft. Heute wird eher von der „Rechenschaftspflicht der Unternehmen“ gesprochen.

Es steht bereits eine Reihe von Instrumenten für die Förderung und den Schutz von Menschen- und Gewerkschaftsrechten am Arbeitsplatz und in den Unternehmen sowie auf nationaler und internationaler Ebene zur Verfügung. Allerdings erfordern diese Mechanismen die freiwillige Verpflichtung zur Umsetzung. Freiwillige Verhaltensregeln werden nur dann wirksam, wenn ein Unternehmen selbst bestimmte Werte und „Nächstenliebe“ hochhält. Sie werden als „soft law“ betrachtet, es gibt bei Zuwiderhandlungen oder Nichtbeachtung keine wirklichen Strafen. Die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft müssen einen ewigen Kampf führen, um diesen Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Dafür stehen unterschiedliche Wege offen.

Wie wir sehen werden, sind Verhaltenskodices (international vereinbarte Konventionen) freiwillige Maßnahmen, die eine Selbstregulierung der Nationalstaaten und der Konzerne erfordern. Seitens der Staaten oder Unternehmen gibt es nur eine geringe Pflicht und keine gesetzliche Vorschrift, diese international vereinbarten Normen auch tatsächlich durchzusetzen. Internationale Gesetze sind jedoch nicht statisch. Innerhalb der internationalen Gemeinschaft wächst die Einsicht, dass freiwillige Initiativen nicht ausreichen. In den vergangenen 50 Jahren haben die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen wie die IAO zahlreiche internationale Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte entwickelt. Zwar geht es bei diesen Übereinkommen in erster Linie um die Pflichten von Staaten, sie liefern aber auch eine eindeutige Grundlage zur Erweiterung der internationalen Verpflichtungen von Unternehmen. Es ist die primäre Rolle von Staaten, die Menschenrechte zu schützen und somit dafür zu sorgen, dass der private Sektor sie nicht missachtet. Auch internationales Recht kann Unternehmen direkt in die Pflicht nehmen und zur Einhaltung von Menschenrechten zwingen, wenn Staaten dazu nicht in der Lage oder willens sind.

Mindestnormen sind meistens die Grundlage, auf der Gesellschaften, Organisationen und Unternehmen die Arbeitsqualität und das Zusammenleben von Gemeinschaften aufbauen und weiter verbessern. Die ICEM vertritt den Standpunkt, dass Arbeitsnormen kein Hindernis, sondern eine Voraussetzung für eine umfassende, ausgewogenere und nachhaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sind. Angesichts des globalisierten Welthandelssystems waren die Möglichkeiten für Unternehmen nie besser als heute, und an die Vorteile dieser Entwicklung werden wir ständig erinnert. Bedenkt man jedoch die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf ArbeitnehmerInnen und Gemeinden, dann ist verständlich, warum die Forderung nach einer „sozialen Lizenz“ für globale Unternehmen immer lauter wird.

Es gibt eine Reihe bekannter internationaler Verträge und Vereinbarungen mit einem ganzen Paket politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rechte, die von Regierungen und Arbeitgebern befolgt werden müssen. Dazu gehören:

- *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN*
- *Kernarbeitsnormen der IAO*
- *IAO-Übereinkommen 176 über den Arbeitsschutz in Bergwerken*
- *IAO-Übereinkommen 169 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker*
- *Dreigliedrige Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik*
- *OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen, die ebenfalls für die Regierungen gelten*
- *OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger*
- *Norm ISO 14001 der International Standards Organisation über Umweltmanagement*
- *Zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich vereinbarte freiwillige Prinzipien über Sicherheit und Menschenrechte*
- *„Global Compact“- Initiative des UN-Generalsekretärs*
- *Global Reporting-Initiative*

- *Diverse Weltkulturerbe*

2.6 Abschluss globaler Vereinbarungen mit multinationalen Unternehmen

Auf ihrem 2. Weltkongress von 1999 in Südafrika hat die ICEM eine Strategie angenommen, mit multinationalen Unternehmen globale Vereinbarungen abzuschließen, die auf diesen grundlegenden IAO-Übereinkommen und anderen „besten Praktiken“ beruhen. Diese Strategie wurde auf dem 3. Weltkongress 2003 in Stavanger weiter erörtert und ausgearbeitet. Globale Vereinbarungen sind ein praktisches bilaterales Modell für die Durchsetzung und Überwachung dieser Normen und sollen nicht die bestehenden verhandelten Kollektivvereinbarungen unserer Mitglieder ersetzen, sondern die ICEM-Mitglieder bei der Organisation und der Verbesserung der industriellen Arbeitsbeziehungen und der Beschäftigungsbedingungen innerhalb multinationaler Konzerne unterstützen.

Ausgangspunkt für derartige globale Vereinbarungen ist die Zusage des betroffenen Unternehmens, die grundlegenden IAO-Arbeitsnormen zu respektieren – grundlegende Gewerkschaftsrechte, Kollektivverhandlungen, keine Kinder- oder Zwangsarbeit, Chancengleichheit, faire Löhne und Sozialleistungen entsprechend guter industrieller Praxis, kein Einsatz von Fremdfirmen, Arbeitsschutz.

Unternehmen, die diese Vereinbarungen unterzeichnen, verpflichten sich dazu, dass ihre Betriebe weltweit diese strikten Normen befolgen, auch wenn dies durch die nationale Gesetzgebung in dieser Form nicht vorgegeben ist. Die Praktiken der Unternehmen müssen durch die ArbeitnehmerInnen überprüft werden können, Missbrauch muss sofort abgestellt werden. Das erfordert, dass die von der Vereinbarung betroffenen ArbeitnehmerInnen (und natürlich auch die Unternehmensleitung) deren Bestimmungen genau kennen müssen und sie genau unterwiesen werden, wie sie diese durchsetzen können. Zuwiderhandlungen können von einzelnen ICEM-Mitgliedern oder durch ein Team aufgegriffen werden. Ein jährliches Kontrolltreffen überprüft erzielte Fortschritte und erörtert allgemeine Fragen zur industriellen und finanziellen Performance des Unternehmens.

Bisher haben wir 9 Vereinbarungen unterzeichnet, davon 2 mit Unternehmen aus dem Bergbausektor: AngloGold (Südafrika) und RAG International (Deutschland). Rio Tinto hat bisher allen unseren Initiativen für eine globale Vereinbarung eine Absage erteilt. Weitere Informationen unter: <http://www.icem.org/agreements/agrindexen.html>.

¹ UNCTAD (2002) Least Developed Countries Report 2002, United Nations, New York

² A national mineral policy as a regulatory tool. JM Otto (1997)

³ Gemeinsame NUM – Cosatu-Vorlage zum Draft Mineral Development Bill (2000). Der Mineral and Petroleum Resources Development Act, 2004, hat dieses Gesetz aufgehoben.

⁴ Historisch benachteiligt bezieht sich auf alle Personen, Personengruppen oder Gemeinden, die durch unfaire Diskriminierungen benachteiligt wurden, bevor die neue Verfassung Südafrikas 1993 in Kraft getreten ist.

TEIL III: Ein Sozialprofil der globalen Bergbauindustrie

3.1 Menschenwürdige Arbeit – ein erstrebenswertes Ziel für alle

„Das vorrangige Ziel der IAO besteht heute darin, Frauen und Männern die Möglichkeit zu eröffnen, eine menschenwürdige und produktive Arbeit zu erhalten, die den Forderungen Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Menschenwürde entspricht.“ – IAO-Generaldirektor

Der Begriff „menschenwürdige Arbeit“ fasst wohl am besten die Hoffnungen der Bergleute zusammen, die sie für ihr Arbeitsleben haben. Dazu gehören eine produktive Arbeit, eine angemessene Bezahlung, ein sicherer Arbeitsplatz, soziale Absicherung für ihre Familien, bessere Aussichten für persönliche Entwicklung und soziale Integration, die Freiheit des Eintretens für die eigenen Belange, das Recht auf Organisation und die Partizipation an Entscheidungen, die ihr Leben betreffen. Chancengleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen sind eine fundamentale Forderung. Eine menschenwürdige und produktive Arbeit, die den Forderungen Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Menschenwürde entspricht, ist ein wirksames Gegenmittel gegen Spannungen, soziale Unruhen, Instabilität und Konflikte.

All dies sind die Fundamente für Frieden und Sicherheit. Sie beinhalten das Recht der Arbeitnehmer auf die Entwicklung und Verbesserung ihrer Fähigkeiten, damit sie produktiver arbeiten können, sich aus der Armut befreien und ihre Familien und Gemeinden beim Erreichen des gleichen Ziels unterstützen können. Eine menschenwürdige Arbeit bringt nicht nur Lohn, sondern auch Würde, Selbstwertgefühl, Zukunftsperspektiven, Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft und die Bereitschaft mit sich, in deren Stabilität und Entwicklung zu investieren. Damit haben wir den Schlüssel zur Vermeidung von Konflikten bzw. zu ihrer Begrenzung, sollten sie doch einmal entstehen, zur Lösung von Konflikten, zur Aussöhnung und zu konstruktiven Maßnahmen.

Gute Jobs fallen aber nicht einfach vom Himmel, es muss bewusst auf dieses Ziel hingearbeitet werden. Den Unternehmen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Menschenwürdige Arbeit sollte im Mittelpunkt globaler, nationaler und lokaler Strategien für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt stehen. Sie ist entscheidend für alle Initiativen der Armutsbekämpfung und ein Mittel, eine gerechte, umfassende und nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Der Einsatz für menschenwürdige Arbeit rührt an unser Selbstverständnis und unsere Existenzberechtigung als Gewerkschaften.

3.2 Beschäftigung im Bergbau

Die Beschäftigungszahlen gehen in zahlreichen Bergbausektoren zurück – ein Ergebnis gesteigerter Produktivität, radikaler Umstrukturierungen und der Privatisierung. Weit über 3 Millionen Arbeitsplätze sind zwischen 1995 und 2000¹ verloren gegangen. Diese Veränderungen betreffen nicht nur Bergleute, die eine andere Arbeit finden müssen, sondern auch diejenigen, die ihren Arbeitsplatz im Bergbau behalten – sie müssen sich auf völlig andere Arbeitsverhältnisse einstellen, die ihnen eine höhere Qualifikation und mehr Flexibilität abverlangen. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Wunsch der Konzerne nach Kostensenkungen und dem Willen der Arbeitnehmer zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze zu finden, ist ein aktuelles Problem in allen Bergbausektoren. Die Bergbaugemeinden müssen sich ebenfalls mit dem Wandel in ihrer Industrie arrangieren, sich nicht nur an neue Betriebsformen anpassen, sondern auch mit Verschlinkungen und Schließungen zurecht kommen.

Genauere Beschäftigungszahlen für die globalen Minen und Bergbaubetriebe zu erhalten, ist extrem schwierig. Dieses Problem wird zusätzlich erschwert, wenn wir uns die Wertschöpfungskette von der Mineralienförderung bis zur Verarbeitung ansehen. Die umfassendsten Statistiken über die Beschäftigungszahlen in diesem Wirtschaftszweig sind bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu bekommen, die Daten aus mehr als 70 Ländern mit Rohstoffindustrien erfasst.

Nach Informationen der IAO ist etwa 1 % der weltweit tätigen Arbeitnehmer im Bergbau- und Mineraliensektor tätig, das sind insgesamt ca. 30 Millionen Menschen. Dazu gehören 10 Millionen Bergleute im Kohlebergbau (in den 60er Jahren waren das noch geschätzte 30 Millionen), zählt jedoch nicht die 13 Millionen Bergleute mit, die in kleinen Familienbetrieben beschäftigt sind. Die größte Konzentration von Arbeitsplätzen im Bergbau gibt es mit ca. 60 % in Asien. In China arbeitet fast die Hälfte aller weltweit tätigen Bergleute.²

Die Beschäftigungstrends fallen in den einzelnen Regionen und Sektoren unterschiedlich aus. Trotz Arbeitsplatzverlusten in Indien, Russland und China sind Kohlebergwerke im Verhältnis zu ihrem Gesamtanteil an der Weltproduktion immer noch arbeitskräfteintensiv. In den Entwicklungs- und Schwellenländern mit ihren nach wie vor relativ hohen Beschäftigtenzahlen sind niedrige Rohstoffpreise, Konsolidierungsdruck und der Strukturwandel innerhalb der Industrie zur Kostensenkung die Faktoren, die zu größeren Arbeitsplatzverlagerungen führen.

3.3 Umstrukturierung, Strukturverkleinerung und Stilllegungen

Die vielleicht schmerzhaftesten Veränderungen der letzten Zeit haben in den Ländern der früheren Sowjetunion stattgefunden. Ende der 80er Jahre hat die Ukraine jedes Jahr 200 Millionen Tonnen Kohle aus 280 Bergwerken mit insgesamt mehr als 1 Million Beschäftigten in der Bergbauindustrie und ihren Zulieferbetrieben gefördert.³ Bis 2001 ging die Anzahl der Beschäftigten um fast 50 % zurück, auch die Zahl der Gruben halbierte sich. Die von der Weltbank finanzierten und gemanagten Umstrukturierungsprogramme für den Bergbau haben die Zahl der dort beschäftigten Menschen auf weniger als ein Drittel reduziert. In Polen haben die von der Weltbank finanzierten Strukturanpassungsprogramme im Kohlesektor dazu geführt, dass 100.000 Bergleute ihre Arbeit verloren haben. In Südafrika ging die Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig in den letzten zehn Jahren um fast 46 % zurück. – 36.000 Bergleute haben besonders im Gold- und Kohlesektor ihre Arbeit verloren. Im Vereinigten Königreich gibt es heute nur noch weniger als 13.000 Kumpel.

Da der Arbeitsplatzverlust in den Gruben in den meisten Fällen direkte Auswirkungen auf die Zulieferindustrie und die Bergbaugemeinden hat, sind die sozioökonomischen Folgen für diese Gemeinden verheerend. Verlorene Jobs durch Privatisierung und Umstrukturierung bedeuten Verlust von Wohnungsbeihilfen, Bildungs- und Gesundheitsausgaben und Altersversorgung mit Armut und Hoffnungslosigkeit als Folge. In einem vom Bergbau abhängigen Land wie Sambia fällt das soziale Gefüge der Copperbelt-Region langsam auseinander, nachdem es im Zuge der Privatisierung zu massiven Umstrukturierungen gekommen ist.

Anstatt nur die Rolle der Verteidiger und Bewahrer zu spielen, sollten die Gewerkschaften selbst die Initiative ergreifen, um mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen von Strukturanpassungen und Grubenschließungen fertig zu werden. Dafür gibt es eine Reihe guter Beispiele, z. B. werden im Rahmen der massiven Zechenschließungen in Westeuropa die guten Praktiken der Länder Frankreich und Deutschland hervorgehoben. In letzter Zeit war es Ungarn, das in Osteuropa als Modell für den gelungenen Wandel angesehen werden

kann. Aus Sicht der Gewerkschaften lassen sich ein paar wenige und ganz einfache Kriterien heranziehen, um den Erfolg eines Sozialplans zu bewerten. Zu prüfen sind:

- welche Frühwarnsignale es gegeben hat;
- in welchem Maß effiziente Mechanismen für den sozialen Dialog vorhanden sind;
- ob das Recht auf aussagekräftige Informationen gewahrt bleibt;
- ob adäquate Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zur Verfügung stehen;
- ob gute Abfindungs- und Ruhestandregelungen verhandelt werden;
- ob den Arbeitern und ihren Familien eine gute Beratung zuteil wird;
- ob bestehende soziale Infrastrukturen erhalten bleiben und gegebenenfalls erweitert werden; und
- ob die lokale Wirtschaft diversifiziert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Wie gut ein Sozialplanprogramm ist, hängt immer vom Gleichgewicht der Kräfte vor Ort ab. Wenn die Gewerkschaften und die Mitglieder im Rahmen einer guten Gewerkschaftsstrategie stark sind, ist das immer hilfreich. Unsere Mitglieder in Indien, Bulgarien, Sambia, Peru, Russland, Kanada, Südafrika, Polen, der Tschechischen Republik, Deutschland und Serbien stellen sich permanent dieser Herausforderung. In einigen Fällen, so zum Beispiel in Südafrika, hat die NUM durch die Mineworkers Development Agency erfolgreiche Programme zur Unterstützung ehemaliger Bergleute bei ihrem Start in ein neues Berufsleben durchgeführt.

Arbeitnehmer können diesen Wandel erfolgreich bewältigen, wenn ihnen das Umfeld entsprechende Perspektiven eröffnet. Wenn Wirtschaftszweige niedergehen, die wichtige soziale Funktionen in einer Gemeinde getragen haben, werden Solidarität und Sozialgefüge jeder Gesellschaft auf die Probe gestellt. Verantwortungsbewusste Regierungen und Arbeitgeberverbände sorgen dafür, dass vernünftige Rahmenbedingungen für ein ordentliches Downscalingprogramm gesetzt werden. In der Realität ist das aber eher die Ausnahme, und es gibt kaum einfache gute Regelungen für die Industrie, an die sie sich halten kann.

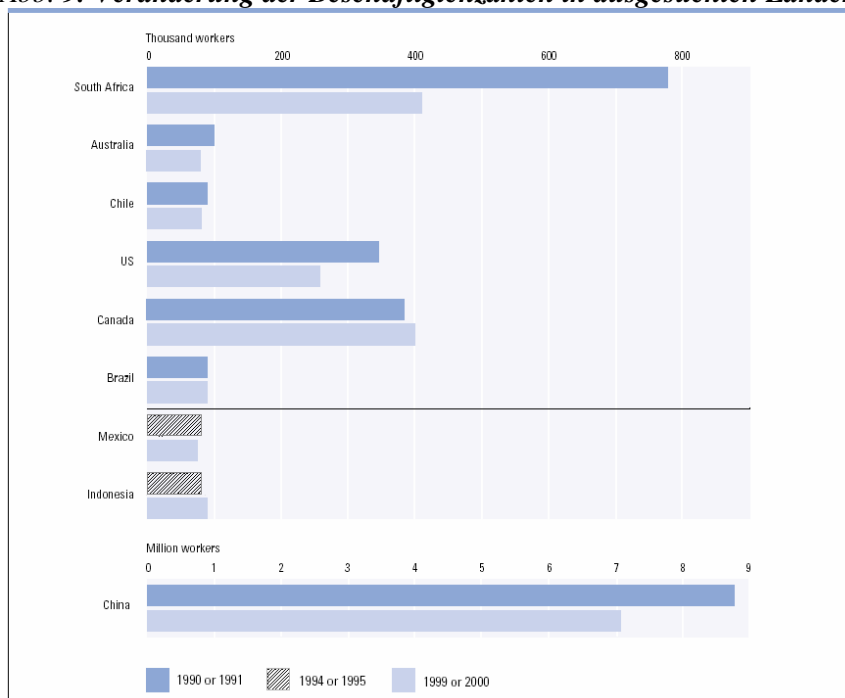
Die Weltbank hat für Grubenstilllegungen ein langfristiges Modell entwickelt, das auf den folgenden fünf Punkten beruht:⁴

- Es ist wichtig, den Grubenbetrieb in einem längeren Zeitrahmen zu sehen, als dies durch den eigentlichen Grubenbetrieb vorgegeben zu sein scheint. Das Nachhaltigkeitsprinzip während des gesamten Lebenszyklus des Bergwerks von der Exploration bis hin zur Zeit nach der endgültigen Schließung ist die beste Vorbereitung für eine erfolgreiche Grubenschließung.
- Wenn Umweltmanagement während der Lebensdauer der Mine eine Priorität war, wird eine umweltverträgliche Grubenschließung weniger aufwändig und weniger kostenintensiv sein;
- Wenn die Gemeinde befragt wurde und bereits während der Lebensdauer der Grube gute Beziehungen zu den gesellschaftlichen Interessengruppen aufgebaut wurden, gibt es eine solide Grundlage für Konsultationen und eine gemeinsame Planung zur Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Stilllegung;
- Wenn finanzielle Rücklagen gebildet wurden, kann ein sozialverträglicher Schließungsplan durchgeführt werden, und die Gemeinden können besser für ihre Zukunft planen;
- Wenn während des Grubenbetriebs Partnerschaften entstanden sind und sich entwickelt haben, gibt es nach der Schließung der Anlagen bessere Möglichkeiten, Einrichtungen für die Nutzung durch die Gemeinde zu übergeben und soziale Einrichtungen erfolgreich weiterzuführen.

Umstrukturierungen im Bergbau, Strukturverkleinerungen und auch Schließungen sind ein fester Bestandteil des Bergbaus und für die Gesellschaft immer ein komplexes Problem. Je nach den einzelnen Umständen einer Grubenstilllegung bedeutet dies nicht grundsätzlich das Ende für eine Gemeinde, möglich ist auch der Aufbruch in eine neue Ära mit neuer Umwelt- und Sozialperspektive für die Betroffenen. Von den Gewerkschaften verlangt dies mehr Eigeninitiative, damit das drohende Geisterstadt-Szenario nicht Wirklichkeit wird.

In naher Zukunft werden einige Diamant-, Gold-, Kupfer- und Silberminen von AngloGold, Placer Dome, DeBeers, BHP Billiton und Barrick schließen. Das betrifft Arbeitnehmer in Argentinien, Brasilien, Chile, Mali, Namibia, Papua Neu Guinea, Südafrika und Tansania.

Abb. 9: Veränderung der Beschäftigtenzahlen in ausgesuchten Ländern⁵



3.4 Verstärkte Fremdvergabe traditioneller Bergbautätigkeiten an Subunternehmen

Die Vergabe von Arbeiten an externe Firmen ist auch im Bergbau keine neue Praxis. Spezielle Arbeiten wie Schachtabteufungen, Wartung schwerer Maschinen und Bauarbeiten sind schon immer an Dienstleistungsfirmen für die Bergbauindustrie vergeben worden. Die Bergleute haben das akzeptiert, da es sich um fachspezifische Arbeiten handelt, die nur zu einem bestimmten Zeitpunkt in Anspruch genommen werden. Produktion, Kantinenbetrieb, Ausbildung und Arbeitsschutz, Personalplanung und Verwaltung wurden von fest angestellten Beschäftigten übernommen. Es gab einen einzigen Grubenbesitzer und -betreiber, und „jeder arbeitete für die Grube“. Daraus entstand eine starke Identität der Gemeinde und eine Kultur der Arbeitersolidarität.

In den vergangenen 15 Jahren haben die vom Markt bestimmte neoliberale Ideologie und die damit verbundenen Vorgaben, Kosten zu senken, „Weltklasse“ zu werden, Unternehmen umzustrukturieren, Unternehmensleistungen auszulagern und den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren auch in der Bergbauindustrie Fuß gefasst. Die Umstrukturierung von privaten und staatlichen Minen ging einher mit der Auslagerung traditioneller Bergbaujobs mit der Begründung, die Grubenbesitzer müssten sich auf ihr so genanntes „Kerngeschäft“ konzentrieren. In Südafrika gerieten Tätigkeiten mit hoher Qualifikation und guter Bezahlung ins Visier, um die Zentrale „zu verschlanken“, wie die Führungskräfte es

ausdrückten. Viele der Mitarbeiter nahmen ihre Abfindungen entgegen und stehen der Industrie weiter als externe Professionals zur Verfügung, andere wurden von den Gruben unter anderen Konditionen wieder eingestellt.

Als nächstes kamen Blue-Collar-Arbeiten wie Aufsicht, Kantine, Reinigung, Unterkünfte, Gesundheitsdienste Instandhaltung und Rettungsdienste an die Reihe. Die ArbeitnehmerInnen aus diesen Bereichen haben die Wahl, entweder entlassen zu werden oder sich von dem neuen Dienstleister übernehmen zu lassen, oftmals mit geringerer Bezahlung, schlechteren Arbeitsbedingungen und geringerer oder gar keiner sozialen Absicherung.

In großen staatlichen Bergbaubetrieben, wie wir sie in Indien und der Ukraine haben, wurde oft auf Fremdfirmen zurückgegriffen, um zu Spitzenzeiten zusätzliches Personal in der Produktion einsetzen zu können. Im privaten Minensektor der Ukraine waren bis zu 10 % der Kohlebergleute und ca. 11 % der in den Eisenerzgruben tätigen Arbeitnehmer Leiharbeiter.⁶

Nach einem ICEM-Bericht für eine Konferenz über Zeit- und Leiharbeit im September 2004⁷ machen Beschäftigte und Gewerkschaften in allen von der ICEM vertretenen Industriesektoren in unterschiedlicher Ausprägung Erfahrungen mit befristeten Arbeitsverhältnissen. Dazu gehören Bergbau, Öl und Gas, Chemie, Kunststoffe, Pharmazie, Kosmetik, Stromerzeugung und -verteilung, Gummi, Glas, Baumaterialien, Zellstoff, Papier usw.

Einige Gewerkschaften erleben seit mehreren Jahrzehnten, dass Zeit- und Leiharbeit immer stärker um sich greifen (Westeuropa, Nordamerika, Karibik und Lateinamerika). In Europa gehen insgesamt inzwischen mehr als 13 % der erwerbstätigen Bevölkerung einer zeitlich befristeten Arbeit nach; auf Spanien entfällt dabei der größte Anteil mit mehr als 30 %. In anderen Teilen der Welt, zum Beispiel in den mittel- und osteuropäischen Ländern und in Japan gab es bis Mitte der 90er Jahre eine strukturierte Erwerbsbevölkerung, hier sind zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse relativ neu. Ihr Anteil nimmt jedoch schnell zu und stellt die Gewerkschaften vor große Herausforderungen.

Die Auswirkungen der Zeit- und Leiharbeit auf die Beschäftigung und die sozialen Verhältnisse sind insgesamt negativ zu bewerten. Beim Bergbau sind die Bereiche Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz vielleicht am stärksten betroffen, denn hier hat der Einsatz von Zeit- und Leiharbeitern eine Reihe von Auswirkungen:

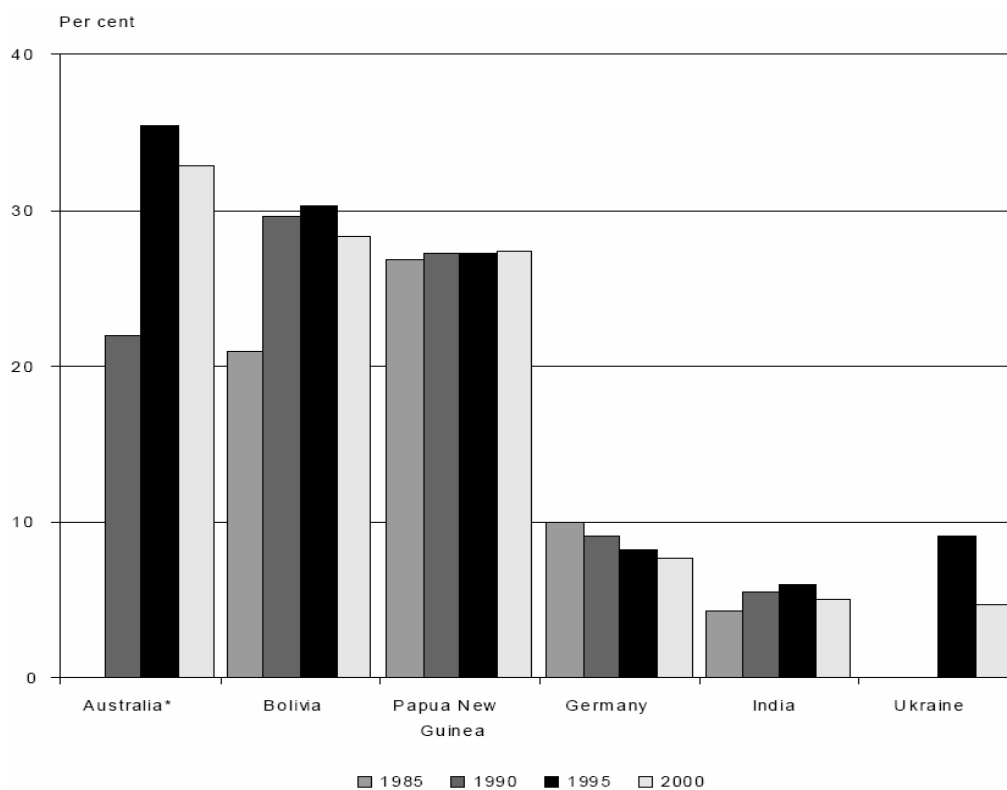
- Risikozunahme durch gesenkte Sicherheitsnormen, um Kosten zu reduzieren und die Produktion zu steigern;
- Entstehung einer schlecht abgesicherten „dritten Arbeitnehmerklasse“ ohne Beschäftigungssicherheit und ohne soziale Absicherung;
- Untergrabung der Solidarität am Arbeitsplatz, Entzweiung der ArbeitnehmerInnen, Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation und der Kollektivverhandlungen;
- Übertragung der Verantwortung des Grubenbesitzers im Falle von Verletzungen und tödlichen Arbeitsunfällen auf die Fremdfirmen.

Eine Reihe unserer Mitgliedsgewerkschaften hat Organisationsprogramme und Kollektivverhandlungspositionen entwickelt, um sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen und diese Themen in ihre Aktivitäten einzubinden. Für andere Gewerkschaften ist die Entwicklung inzwischen „das Dauerthema an jedem Verhandlungstisch“.⁸

Die Gewerkschaften haben folgende Strategien:

- Organisation der LeiharbeiterInnen unter dem Motto „Eine Branche, eine Gewerkschaft“;
- Einbeziehung der Zeit- und Leiharbeit in den gewerkschaftlichen Organisationskreis;
- Regulierung der Zeit- und Leiharbeit durch Kollektivvereinbarungen und Arbeitsgesetze;
- Einführung des Gewerkschaftsrechtes der Konsultation und Abstimmung mit den Gewerkschaften, bevor Unternehmensleistungen tatsächlich ausgelagert werden;
- gesetzliche Verpflichtung der Grubenbesitzer zur Durchsetzung und Beachtung der Arbeitsschutzvorschriften in den Gruben;
- Festlegung von Kriterien, Verhaltensregeln und Zulassungsvorschriften für alle Fremdfirmen, die in der Bergbauindustrie tätig werden wollen.

Abb. 10: Zeit- und Leiharbeiter in der Bergbauindustrie, 1985-2000: Ausgesuchte Länder⁹



* Non-coal mines.

Source: Responses to ILO questionnaire.

3.5 Frauen im Bergbau

Der Bergbau ist nach wie vor ein von Männern beherrschter Wirtschaftszweig, angefangen von der Arbeit unter Tage bis hin zur Besetzung der Verwaltungsorgane der Konzerne. Der Anteil der Frauen an den Belegschaften beträgt in einer Stichprobe mit 15 Ländern zwischen 1 und 25 Prozent und liegt als typischer Wert unter 10 Prozent; daran hat sich in den letzten 15 Jahren zwischen 1985 und 2000 wenig geändert. In den meisten Ländern und Unternehmen liegt die durchschnittliche Vergütung von Frauen in der Bergbauindustrie unter der von Männern; in den Führungspositionen der Konzerne sind Frauen mit weniger als 50 % im Vergleich zu den Männern vertreten; und die durchschnittliche Personalfuktuation ist bei Frauen größer als bei Männern. Damit unterscheidet sich die Lage der Frauen in diesem Sektor in keiner Weise von zahlreichen anderen öffentlichen und privaten Wirtschaftszweigen in vielen Ländern.

Es gibt allerdings immer mehr Bergbauunternehmen, die entweder freiwillig oder infolge gesetzlicher Vorschriften Maßnahmen ergreifen, um dieses Ungleichgewicht zu korrigieren. Zu diesen Maßnahmen gehören Ausarbeitung von Grundsatzprogrammen, Ausbildung, Entwicklung und wissenschaftliche Analysen, um die eigentlichen Ursachen zu identifizieren. Immer mehr Bergbaukonzerne entwickeln Gleichstellungsprogramme und setzen diese auch in die Praxis um, einige führen auch Förderprogramme durch. In Australien zum Beispiel müssen Unternehmen jährlich über die Fortschritte der Chancengleichheit für Frauen am Arbeitsplatz berichten.

Im Jahre 2001 wurden im Kohlebergbau in der Ukraine 65.600 Frauen gezählt, das sind 20 Prozent der gesamten dort tätigen Beschäftigten und mehr als der Durchschnitt in anderen Ländern. Dabei ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten im Bergbau trotz des Verlustes von 40 % Frauenarbeitsplätzen seit 1995 unverändert geblieben. Ein Drittel der Frauen, die unter Tage in der Kohleproduktion tätig sind, leisten diese Arbeit unter schlechten Arbeitsbedingungen unter starker Staub-, Lärm und Hitzebelastung.

In Australien gibt es einen Anteil weiblicher Beschäftigter von ca. 10 Prozent. Dieser Anteil begann rückläufig zu werden, als längere Arbeitszeiten und andere Schichten eingeführt wurden. Aufgrund der familiären Verpflichtungen von Frauen wurden weibliche Arbeitskräfte davon überproportional betroffen. In Südafrika verlangt die Bergbaucharta von den Unternehmen, dass dort innerhalb von fünf Jahren ein Basisanteil von 10 % weiblichen Beschäftigten im Bergbau erreicht wird.

3.6 Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Umweltschutz

Die IAO geht davon aus, dass jedes Jahr ca. zwei Millionen Beschäftigte aufgrund von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sterben, und dass allein durch Arbeitsunfälle jedes Jahr mindestens 350.000 ArbeitnehmerInnen ums Leben kommen. Auf jeden tödlichen Unfall kommen geschätzte 1.000 nicht tödliche Verletzungen, viele davon mit der Folge von Lohnausfällen, Invalidität und Armut. Viele dieser Todesfälle sind auf unsichere Arbeitspraktiken zurückzuführen. Statistisch gesehen sterben jeden Tag 5.000 ArbeitnehmerInnen, drei Personen pro Minute.

Nach dem IAO-SafeWork-Programm werden durch Arbeit mehr Menschen getötet als durch Alkohol und Drogen zusammen, und der sich daraus ergebende Verlust für das Bruttoinlandsprodukt ist 20 mal größer als die gesamte offizielle Entwicklungshilfe, die an die Entwicklungsländer gezahlt wird. Gefahrenstoffe bringen jedes Jahr 340.000 Menschen um, allein Asbest werden 100.000 dieser Todesfälle zugerechnet. Die tägliche Belastung am Arbeitsplatz durch Staub, Chemikalien, Lärm und Strahlen verursacht Leid und Krankheiten, über die niemand berichtet; dazu gehören Krebs, Herzinfarkte und Schlaganfälle. Die drei gefährlichsten Berufe sind Landwirt, Bergmann und Bauarbeiter.

Obwohl auf den Bergbau nur ein geringer Anteil der globalen Erwerbstätigen entfällt, ist diese Tätigkeit für rund 5 % der tödlichen Arbeitsunfälle verantwortlich (mindestens 15.000 pro Jahr oder mehr als 40 täglich). Trotz erheblicher Anstrengungen in vielen Jahren bedeutet die hohe Zahl von Todesfällen, Unfällen und Krankheiten bei den Bergleuten weltweit, dass dieser Beruf in den meisten Ländern die gefährlichste Beschäftigung überhaupt darstellt, wenn man die Anzahl der risikoexponierten Personen berücksichtigt. In der Ukraine zum Beispiel verlieren für jede Million Tonnen (Mt) produzierte Kohle 5,5 Arbeiter ihr Leben. Im Jahr 2003 hat die staatliche chinesische Behörde für Arbeitssicherheit 6.702 tödliche Unfälle registriert (4,2 pro Mt). In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind in China 2.993 ArbeitnehmerInnen ums Leben gekommenen.¹⁰ In den USA mit einer von der Größe mit

China vergleichbaren Kohleindustrie gab es in dieser Zeit nur 29 Todesfälle (0,03 Tote pro Mt).

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Arbeitsschutz. Viele Beschäftigte ziehen sich auf der Arbeit Krankheiten zu und leiden noch darunter, wenn sie schon längst nicht mehr in diesem Wirtschaftszweig arbeiten. Asbest ist der Killer Nr. 1, und in Australien gibt es weltweit das höchste Auftreten von Mesotheliomen. Quellen zufolge sterben mehr als 7.500 AustralierInnen zurzeit an dieser Krankheit, bei mehr als 500 AustralierInnen bricht sie aus, wobei der Spitzenwert bei den Neuerkrankungen wahrscheinlich erst im Jahre 2010 erreicht wird. Bis zu 18.000 AustralierInnen werden bis zum Jahre 2020 wahrscheinlich an Mesotheliomen sterben, und die bisherigen Zahlen legen den Schluss nahe, dass auf jedes diagnostizierte Mesotheliom die gleiche Anzahl Lungenkrebsfälle und nicht tödliche, aber asbestbedingte Krankheiten kommt.¹¹ In Südafrika gelang es der Belegschaft einer Asbestmine der im Vereinigten Königreich ansässigen Cape plc erfolgreich und mit Unterstützung der NUM, einer Anwaltssozietät und der Provinzregierung von Northern Cape, ihren früheren Arbeitgeber vor dem British High Court zu verklagen und Entschädigungszahlungen in Höhe von 20 Millionen Pfund zu erstreiten.

Bisher haben nur 20 Bergbaunationen (von 100) das IAO-Übereinkommen 176 über Arbeitsschutz in Bergwerken ratifiziert, seitdem es vom IAO-Verwaltungsrat 1995 angenommen wurde. Diese Tatsache allein zeigt schon, dass wir uns bei den Regierungen und bei der Industrie noch intensiver für höhere Sicherheitsnormen in diesem Sektor einsetzen müssen.

Die globalen Gewerkschaftsföderationen haben den 28. April zu einem internationalen Gedenk- und Aktionstag gemacht, der allen tödlich verunglückten oder auf der Arbeit verletzten ArbeitnehmerInnen gewidmet ist. Diese Jahr wurde er zum 9. Mal mit ArbeitnehmerInnen in 110 Ländern begangen. Regierungen in Kanada, Brasilien, Portugal, Spanien, Taiwan, Peru und der Dominikanischen Republik erkennen diesen Tag an, weitere Länder werden sicher folgen.

3.7 Klimawandel

Umweltschützer diskreditieren den Begriff der Clean Coal Technologie (CCT) als Widerspruch in sich. Das Image der Kohle als schmutziger Industriezweig könnte sich jedoch als ein Bild der Vergangenheit erweisen. Kohle kann heute aufgrund der sich ständig verbesserten Technologie überall auf der Welt sauber und effizient verbrannt werden. In der Debatte über die Zukunft der Kohle spielt die Emission von Treibhausgasen eine wichtige Rolle. Die Kohleindustrie arbeitet mit Hochdruck an Lösungen, die zur Verringerung der Umweltauswirkungen der Kohleverbrennung beitragen könnten. Die Technologie existiert, aber der politischer Wille ist nicht besonders stark ausgeprägt.

Das Kyoto-Protokoll schreibt eine Verringerung der Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase um 5,2 % gegenüber dem Referenzjahr 1990 vor und bietet eine Vielzahl alternativer Modelle an, damit die einzelnen Länder ihre besonderen Emissionsziele erreichen können. Da das Kyoto-Protokoll jetzt auch von Russland ratifiziert wurde, haben genug Länder das Protokoll unterzeichnet, um es in Kraft treten zu lassen.

Bergbau und die Verarbeitungsbetriebe mineralischer Rohstoffe sind energieintensive Wirtschaftszweige. Produkte aus mineralischen Rohstoffen wie Automobile, Gebäude und Elektronikartikel erfordern ebenfalls einen hohen Energieeinsatz. In den großen Bergbaubetrieben (Goldminen) und den verarbeitenden Betrieben (Stahl und Aluminium) sind die Energiekosten ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und das

Bilanzergebnis eines Unternehmens. In den meisten Fällen stammt die Energie aus Kohlekraftwerken.

Damit die Gewerkschaften nicht ins Hintertreffen geraten und weiterhin ihren Beitrag zu der Debatte leisten können, hat der ICEM-Exekutivausschuss nach der Weltkonferenz für den Bergbau in Prag im Jahr 2000 ein Grundsatzpapier über die *Position der Gewerkschaften zum Problem der globalen Klimaveränderung*¹² angenommen. Dabei ging es um die folgenden Leitlinien:

- Arbeitsgrundlage sollte die Akzeptanz eines von allen Beteiligten anerkannten wissenschaftlichen Konsenses sein. Gleichzeitig sollten so genannte „No Regrets“-Maßnahmen möglichst umfassend vorgeschlagen werden;
- Sektorenweise Festlegung der Emissionssenkung von Treibhausgasen und besonders von Kohlenstoffemissionen auf der Basis einer Analyse der Stoff- und Energiebilanz;
- Diskussion der möglichen positiven und negativen Auswirkungen vorgeschlagener Minderungsmaßnahmen auf die Beschäftigungssituation;
- Diskussion der CO₂-Steuer und besonders der Vor- und Nachteile einer solchen Steuer;
- Verstärkte Entwicklung und mehr Transfer sauberer Technologien (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung, Druckkohlestaubfeuerungen);
- Verstärkter Dialog mit der Wirtschaft über das Thema Nachhaltigkeit – Betonung des Interesses der ICEM und ihrer Mitgliedsorganisationen an einer Teilnahme an der Nachhaltigkeitsdiskussion.

Das Positionspapier bezieht sich auch auf die folgenden Leitlinien, die die internationale Gewerkschaftsbewegung der Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention FCCC vorgelegt hat:

- Alle Maßnahmen zur Minderung der Klimaänderungen müssen von einem umfassenden Konsens getragen werden, damit zukünftige Generationen, Arbeitnehmer und Wirtschaftszweige nicht ihrer Existenzgrundlagen beraubt werden;
- Der Erfolg der Strategien für eine Minderung der Klimaveränderungen ist im hohen Maße vom Engagement der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften abhängig;
- Die Erörterung sozialer Probleme ist eine wichtige Voraussetzung für die vorbehaltlose Unterstützung zukünftiger Protokolle bzw. der Mechanismen zu ihrer Umsetzung durch die Arbeitnehmer.

Die ICEM fordert deshalb:

- Durchführung von Analysen der sozialen Auswirkungen von Maßnahmen
- Diskussion der Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation
- Entwicklung von Programmen für den „gerechten Übergang“
- Benennung von Maßnahmen auf Finanz- und Wirtschaftsebene

Diese Grundsätze und Prioritäten erheben natürlich nicht den Anspruch präziser Leitlinien zum Erreichen eines fairen und effektiven Ergebnisses bei den Verhandlungen über eine Klimakonvention. Es dürfte auch kaum Leitlinien geben, die diesem Anspruch gerecht

werden. Was für eine Nation oder Gruppe von Nationen eine faire Lösung darstellt, kann von einer anderen Nation durchaus legitim als ungerecht empfunden werden. Und Verpflichtungen, die im Rahmen eines internationalen Forums von einer Nation oder mehreren Nationen als fair und vernünftig angesehen werden, können von unterschiedlichen Sektoren und Gemeinschaften *innerhalb* dieser Nationen als grob ungerecht verurteilt werden.

¹ <http://www.ilo.org/public/english/dialogue/sectors/mining.htm>.

² <http://www.ilo.org/public/english/dialogue/sectors/mining.htm>

³ Bericht für die dreigliedrige IAO-Konferenz über den Bergbau. IAO, Genf, 2002

⁴ It's not over When It's over: Minenstilllegungen weltweit. World Bank, Washington.2002

⁵ Breaking New Ground, IIED und WBCSD. 2002

⁶ IAO-Bericht, Genf.2002

⁷ ICEM-Projekt Zeit- und Leiharbeit. Brüssel, August 2002

⁸ Interview mit Jim Pannell, Vizepräsident PACE International Union

⁹ IAO-Bericht, Genf 2002

¹⁰ <http://www.reuters.co.uk/news>, 7. Oktober 2004

¹¹ ICFTU Online, 16. September 2004

¹² Kopien dieses Papiers bei <http://www.icem.org/climaen.html>

***TEIL IV: Der Bergbau und die Herausforderung der nachhaltigen
Entwicklung***

4.1 Zehn Jahre Diskussionen

Der epochemachende Umweltgipfel in Rio im Jahre 1992 hat dafür gesorgt, dass der globale Zustand unserer Umwelt zu einem Prioritätsthema auf der internationalen Agenda geworden ist. Er hat die Umweltthematik mit Entwicklungsthemen zu einem neuen Paradigma verknüpft, das heute unter dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ in aller Munde ist. Weltweit bestand die Hoffnung, dass sich der „Geist von Rio“ in einer neuen globalen Partnerschaft mit praktischen Programmen und Politiken manifestieren würde, die Lösungen für die Umwelt- und Entwicklungskrise aufzeigen.

Kooperative Nord-Süd-Beziehungen sollten zur Lösung der zunehmenden globalen Umweltkrisen beitragen und gleichzeitig für gerechtere internationale Wirtschaftsbeziehungen sorgen, die als Grundlage für eine Förderung der nachhaltigen Entwicklung angesehen werden. Das Kernstück von Rio „Kompakt“ bzw. die politische Kernvereinbarung war der Grundsatz der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“. Damit wurde anerkannt, dass die globalen Probleme in einer gerechteren Weise im Rahmen von Partnerschaften gelöst werden müssen.

Ende 1998 haben einige der weltweit größten Minenkonzerne die Global Mining Initiative ins Leben gerufen, und drei Jahre später veröffentlichte die Weltbank ihre erste große Studie zu ihrer eigenen Rohstoffpolitik, die Extractive Industries Review (EIR). Beide Initiativen zielen auf Alternativen zur herkömmlichen Politik ab, beide Projekte sind im Prinzip beratender Natur und werden von den Grundsätzen Transparenz, Einschließlichkeit und Unabhängigkeit (von Geldgebern) bestimmt.

Die ICEM hat sich an diesen beiden, für die Bergbauindustrie wichtigen politischen Multi-Stakeholder-Initiativen beteiligt. Trotz einiger Vorbehalte waren wir uns im Prinzip darüber einig, dass unsere Beteiligung insofern wichtig ist, als wir direkt die Standpunkte der Arbeitnehmerschaft und ihre Interessen an diesen Initiativen präsentieren und artikulieren können. Beide Projekte hatten bereits den UN-Gipfel in Johannesburg im Visier.

4.2 Der UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD)

Die ICEM nahm auch an der internationalen Gewerkschaftsdelegation zum UN-Weltgipfel in Johannesburg teil. Der Gipfel bekräftigte die Rolle der Bergbauindustrie als wichtigen Faktor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in zahlreichen Ländern und bestätigte die Tatsache, dass geförderte mineralische Rohstoffe eine hohe Bedeutung für unser tägliches Leben haben. Im Rückblick auf Johannesburg lässt sich sagen, dass dieser bisher größte aller UN-Gipfel für uns in der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Rolle spielt, denn als wichtiger Player in der internationalen Gemeinschaft haben wir die Aufgabe, die großen Chancen und Risiken auf dem Weg vor uns zu bewerten.

Auf dem Gipfel wurden eine vierseitige politische Erklärung und ein 44-seitiger Aktionsplan angenommen. Artikel 44 ist von Bedeutung für Bergbau, Mineralien und Metalle, dort heißt es:

*“44. Bergbau, Mineralien und Metalle sind für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vieler Länder wichtig. Mineralien sind für das Leben in der heutigen Zeit unabdingbar. Die Steigerung des Beitrags von Bergbau, Mineralien und Metallen zur nachhaltigen Entwicklung umfasst Maßnahmen auf allen Ebenen, die darauf gerichtet sind,
a) die Bemühungen um die Auseinandersetzung mit den negativen wie positiven ökologischen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen zu unterstützen, die während des gesamten Lebenszyklus durch Bergbau, Mineralien und Metalle entstehen, so auch in Bezug*

auf die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter, und dabei unter Erweiterung auf einzelstaatlicher und internationaler Ebene laufender Aktivitäten ein breites Spektrum von Partnerschaften zwischen interessierten Regierungen, zwischenstaatlichen Organisationen, Bergbauunternehmen und Bergarbeitern sowie anderen Interessengruppen zu nutzen, um Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der nachhaltigen Entwicklung des Bergbaus und der auf Dauer tragfähigen Erschließung von Mineralien zu fördern;

b) die Mitwirkung der Interessengruppen, namentlich ortsansässiger und indigener Gemeinschaften sowie Frauen, auszubauen, sodass sie eine aktive Rolle bei der Erschließung von Mineralien und Metallen sowie bei der Entwicklung des Bergbaus während des gesamten Lebenszyklus von Bergwerken spielen, so auch nach deren Schließung zu Sanierungszwecken, im Einklang mit den einzelstaatlichen Vorschriften und unter Berücksichtigung bedeutender grenzüberschreitender Auswirkungen;

c) nachhaltige Bergbaumethoden zu fördern, indem den Entwicklungs- und Transformationsländern finanzielle und technische Unterstützung sowie Hilfe beim Kapazitätsaufbau im Hinblick auf den Abbau und die Verarbeitung von Mineralien, so auch den Kleinbergbau, gewährt wird, und wenn möglich und angebracht die Veredelungsmethoden zu verbessern, die wissenschaftlich-technischen Informationen auf den neuesten Stand zu bringen und geschädigte Stätten zu regenerieren und zu sanieren.

Die wichtigsten Verpflichtungen der politischen Erklärung

- (a) Anerkennung einer breit angelegten Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen und Respektierung der unabhängigen und wichtigen Rolle der Sozialpartner;
- (b) Forderung nach wirksameren und demokratischeren internationalen und multilateralen Institutionen mit erhöhter Rechenschaftspflicht;
- (c) Wirkungsvolle Umsetzung der Agenda 21, der UN-Entwicklungsziele des nächsten Millenniums und des Johannesburger Aktionsplans; dies muss ein inklusiver Prozess sein, der regelmäßig überwacht wird;
- (d) Erneute Bekräftigung der UN-Charta und Unterstützung des Führungsanspruchs der Vereinten Nationen als universellste und repräsentativste Organisation der Welt, die am besten zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der Lage ist. ¹

Der Weg zu einem richtigen Gleichgewicht zwischen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Forderungen und Belangen des Umweltschutzes erforderte in Johannesburg von den aus aller Welt angereisten politischen Führungspersonlichkeiten die vorbehaltlose Bekräftigung ihres Willens, nach den noblen Maßstäben der menschlichen Solidarität die Belange der heute und in Zukunft lebenden Generationen zu berücksichtigen. In ihrer Rolle als Bewahrer der Interessen derjenigen ArbeitnehmerInnen, die in den von ihr vertretenen Wirtschaftszweigen beschäftigt sind, und der Gemeinden, in denen diese Menschen leben und arbeiten, hat die ICEM die Pflicht, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und der zukunftsfähigen Gemeinden beständig aus unserer Perspektive heraus zu definieren, zu fördern und zu differenzieren.

4.3 Zwischenstaatliche Aktionen auf globaler Ebene

Im Jahre 2003 wurde im Anschluss an den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung auf Initiative der südafrikanischen und kanadischen Regierung über ein zwischenstaatliches Forum für Bergbau, Mineralien, Metalle und nachhaltige Entwicklung diskutiert. Im Juni dieses Jahres fand eine zweite vorbereitende Sitzung unter dem Vorsitz von Südafrika und Kanada parallel zur UNCTAD statt. Mehr als 60 Amtsträger von 37 einzelstaatlichen Regierungen verhandelten über die Terms of Reference und den Entwurf der

Verfahrensvorschriften für dieses neue zwischenstaatliche Forum. Für die ersten fünf Jahre übernimmt Kanada die Aufgabe des Sekretariats.

Das Forum steht jetzt zur Mitgliedschaft für interessierte Länder offen. Sobald sich 25 Länder als Mitglieder angemeldet haben, sind Forum und Sekretariat offiziell gegründet. Das Sekretariat beginnt dann mit der Entwicklung und Durchführung seines Arbeitsprogramms sowie mit den Vorbereitungen für eine hochkarätige Eröffnungssitzung des neuen Forums. Zu den bisher bereits angemeldeten Mitgliedsländern gehören Bolivien, Kanada, die Dominikanische Republik, Gabun, Madagaskar, Malawi, Marokko, Niger, Nigeria, die Philippinen, Senegal, Südafrika, Surinam, Uganda, das Vereinigte Königreich und Uruguay.

Der globale Dialog wird einen Rahmen für die Behandlung von Nachhaltigkeitsthemen bieten, die für den Bergbau- und Metallsektor von Interesse sind und deren Behandlung auf globaler Ebene von Vorteil ist. Das Forum definiert für sich folgendes Mandat:

- Überprüfung des Beitrags des Bergbau- und Metallsektors für die Entwicklung zukunftsfähiger lokaler Gemeinden einschließlich der Bekämpfung der Armut;
- Förderung der nationalen Governance des Sektors, auch durch Aufbau von Kompetenzen und Kapazitäten;
- Stärkung der Fähigkeiten der Mitgliedsländer, internationale Politik, Aktivitäten und Prioritäten, die für den Sektor von Bedeutung sind, entscheidend mitzubestimmen;
- Verbesserung der Fähigkeiten von Bergbauministerien, politische Entscheidungen so zu beeinflussen, dass der Sektor für die nachhaltige Entwicklung einen größeren Beitrag leistet;
- Durch Dialog und Informationen Förderung integrierterer und koordinierter Programme und Strategien unter Einbeziehung vorhandener Entscheidungsstrukturen oder Organisationen mit Belang für den Sektor;
- Förderung von Veränderungen in der Funktion des Sektors im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung;
- Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten über das nationale Management des Sektors; und
- Förderung von Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Rechenschaftspflicht innerhalb des Sektors.

Das übergeordnete Ziel des Arbeitsprogramms ist die Verbesserung der Governance-Fähigkeiten im Bergbau-, Mineralien- und Metallsektor in allen Phasen des Lebenszyklus. Das Forum wünscht ebenfalls eine Zusammenarbeit mit regionalen Regierungsnetzwerken, z. B. der Southern African Development Community, Nord- und Südamerika und Asien, die an Bergbau, Brancheninitiativen, arbeitspolitischen Fragen, indigenen Völkern und NGO interessiert sind.

Als Gewerkschaften glauben wir an die zentrale Rolle, die die Regierungen bei der Bereitstellung übergreifender Rahmen und Gesetze übernehmen müssen. So wird eine bessere Bergbauindustrie gefördert durch:

- Erleichterung des Zugangs zu Informationen und der öffentlichen Beteiligung und des Dialogs zur Verbesserung der bestehenden Politik im Sinne der Erfüllung nachhaltiger Entwicklungsziele;
- Beitritt zu internationalen Übereinkommen; und
- Verbesserung der Leistung der Industrie und ihrer guten Praktiken durch Verhaltensvorschriften und Leitlinien.

Die UNCTAD hat 2003 in Adis Abeba ebenfalls die erste Tagung des African Mining Network einberufen, an der der Vorsitzende der Bergbausektion teilgenommen hat. Zweck der Tagung war die Erörterung der Grundlagen und der Strukturen eines solchen Netzwerks. Ziel ist der Aufbau von Kapazitäten im Bergbausektor, um laufende Initiativen wie zum Beispiel die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) zu unterstützen.

Wir begrüßen deshalb die Einsetzung dieses zwischenstaatlichen Forums und die Möglichkeit, an seinen Programmen mitzuwirken und diese mitbestimmen zu können.

4.4 Initiativen der Unternehmen

Bis in die 90er Jahre hinein isolierten sich Konzerne von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen oder ignorierten sie. Bergbau findet oft in weit abgelegenen Gebieten statt, und die Konzerne gingen davon aus, dass die Profiteure ihrer Produkte und die von ihnen gezahlten Steuern dafür sorgen würden, sie aus der Kritik zu halten. Zu kontroversen umweltpolitischen oder sozialen Themen nahmen diese Unternehmen eher eine abwehrende Haltung ein. Internationale Gremien, in denen Arbeitgeber aus der Bergbauindustrie vertreten waren, hielten still und überließen es der lokalen Ebene, sich mit diesen Problemen auseinander zu setzen. In den frühen 90er Jahren änderte sich diese Situation jedoch schlagartig durch die Revolution in der Telekommunikation, die Gründung zahlreicher NGO und das Entstehen einer großen Basisbewegung. Kampagnen konnten mit Hilfe des Internets leichter und effizienter durchgeführt werden.

Die Industrie sah sich zum erstenmal mit einer vereinigten, schlagkräftigen, vernetzten und mobilen Opposition auf globaler Ebene konfrontiert. Die Bergbauunternehmen erkannten schnell, dass ihr weiterer Erfolg nur dann gewährleistet sein würde, wenn sie nicht nur auf die Interessen ihrer Aktionäre achteten, sondern auch die Wünsche und Vorstellungen anderer Interessengruppen berücksichtigten. Sie brauchten sozusagen eine „soziale Lizenz“.²

Im Vorfeld des UN-Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung haben neun der weltweit größten Bergbaukonzerne über das World Business Council for Sustainable Development ein Forschungsprojekt mit der Bezeichnung Globales Projekt Bergbau, Mineralien und Nachhaltigkeit (Mining and Minerals for sustainable Development - MMSD) aufgelegt, um die Rolle des Bergbau- und Mineraliensektors und seinen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu verstehen und zu prüfen, wie diese Aufgabe noch besser wahrgenommen werden könnte. Das Internationale Institut für Umwelt und Entwicklung wurde damit beauftragt, einen zweijährigen unabhängigen Forschungsprozess durchzuführen, der auch die Konsultation unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen beinhaltete. Dieser Prozess war insofern einmalig, als dies noch nie von einem anderen globalen Industriesektor in diesem Ausmaß durchgeführt worden war.

Ein Bericht mit der Bezeichnung *Breaking New Ground* wurde erstellt und einem Stakeholder-Treffen im Mai 2001 vorgelegt. Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen, die für die gesellschaftlichen Interessengruppen die Grundlage für weitere individuelle und kollektive Initiativen im Sinne eines neuen Aufbruchs für den Bergbau- und Metallsektor sein könnten. Vorgeschlagen werden neue Partnerschaften mit Regierungen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft nach Grundsätzen der Transparenz, eine stärkere Partizipation der Interessengruppen, integrierte Lebenszyklusplanung für Bergbaubetriebe, Respektierung von „No-Go Area“ (für den Bergbau gesperrte Gebiete), Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen und Investitionen in Wohlstandsentwicklung.

Der MMSD-Prozess entwickelt auch eine Perspektive für einen Bergbausektor, der eine neue Rolle im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung übernehmen soll. Einige ausgesuchte

Themen der Vision³ „Towards a Sustainable Future for the Mining and Minerals Sector“ sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

Sünden der Vergangenheit	Vision für die Zukunft
✘ Einnahmen aus dem Bergbau werden ohne Kontrolle der Öffentlichkeit zum Nutzen einiger weniger Profiteure ausgegeben.	☑ Wohlstand aus dem Bergbau wird transparent zur Unterstützung sozialer und wirtschaftlicher Ziele ausgegeben.
✘ Unternehmen schaffen ihre eigenen Regelwerke in abgeschotteten Enklaven.	☑ Gemeinsames System mit Vorschriften und Praktiken, die für alle gelten.
✘ Regierungsbeschlüsse, die eigenmächtig und ohne Rechenschaftspflicht auf Grundlage unzureichender Informationen getroffen werden	☑ Öffentliche Beschlüsse nach Konsultationen mit den betroffenen Parteien auf Grundlage eindeutiger Kriterien.
✘ Erschließung von Vorkommen auf Kosten der Kultur eingeborener Völker.	☑ Industrie arbeitet partnerschaftlich mit indigenen Völkern und Gemeinschaften zusammen.
✘ Ständige Konflikte und bewaffnete Auseinandersetzungen.	☑ Faire und gerechte Praktiken zur Vermeidung und Lösung von Konflikten.
✘ Bergbaubetriebe gefährden Leben und Gesundheit der ArbeitnehmerInnen und der Öffentlichkeit, häufige tödliche Unfälle.	☑ Ein Industriezweig, der sich für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit einsetzt.
✘ Geisterstädte, Armut und Umweltzerstörung nach Aufgabe der Bergbaubetriebe.	☑ Integrierte Planung für einen nachhaltigen Umweltschutz unter Berücksichtigung von sozialen und wirtschaftlichen Belangen.
✘ Unregelmäßiger Informationsaustausch zwischen einigen wenigen Interessengruppen.	☑ Kontinuierlicher und umfassender Dialog zwischen allen Interessengruppen.

Die größte Gefahr für den Erfolg dieser Initiativen ist eine „Business as usual“-Haltung der großen Bergbaukonzerne und deren Einstellung, Probleme am besten alleine lösen zu können.

4.5 Nachhaltigkeitsorientierte Berichterstattung

Global agierende Bergbauunternehmen akzeptieren zunehmend die Forderung nach einer Evaluierung ihrer Performance außerhalb der reinen Finanzzahlen. Sie müssen deshalb in ihren Jahresberichten ebenfalls auf Sozial- und Umweltfragen eingehen. Der ICMM (International Council on Metals and Mining) hat mit seinem Mandat der „Verbesserung der Leistung dieses Wirtschaftszweiges“ einen Multi-Stakeholder-Prozess eingeleitet, um im Bergbausektor eine Ergänzung zur Global Reporting-Initiative zu schaffen. In einem entsprechenden Beratergremium ist auch ein Delegierter der NUM vertreten, der vom, CFMEU- und ICEM-Sekretariat unterstützt wird. Damit kann die Performance eines Unternehmens entsprechend dem nachstehenden 10-Punkte-Programm zur nachhaltigen Entwicklung nachvollzogen werden:

- Umsetzung und Aufrechterhaltung ethischer Geschäftspraktiken und solider Systeme der Corporate Governance.
- Integration von Erwägungen zur nachhaltigen Entwicklung in unternehmerische Entscheidungsprozesse.

- Wahrung grundlegender Menschenrechte und Respektierung von Kulturen, Gebräuchen und Werten beim Umgang mit MitarbeiterInnen und anderen Personen, die von unseren Aktivitäten betroffen werden.
- Umsetzung von Risikomanagement-Strategien auf der Grundlage aussagekräftiger Daten und solider wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- Bemühen um kontinuierliche Verbesserungen unserer Leistungen im Bereich Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit
- Bemühen um kontinuierliche Verbesserungen unsere Umweltleistungen.
- Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, integrierte Modelle der Bodennutzungsplanung.
- Förderung und Unterstützung einer verantwortungsvollen Produktentwicklung und der Verwendung, der Wiederverwertung, des Recyclings und der Entsorgung unserer Produkte.
- Beitrag zur sozialen, wirtschaftlichen und institutionellen Entwicklung der Gemeinden, in denen wir tätig sind.
- Umsetzung der mit allen beteiligten Interessengruppen vereinbarten Verpflichtungen zu Transparenz, Kommunikation und von einer unabhängigen Stelle kontrolliertem Reporting.

Eine vor kurzem von der Auditfirma KPMG durchgeführte Umfrage über das Reporting im globalen Bergbau hat ergeben, dass aufgrund der aufmerksameren Beobachtung von Bergbaukonzernen durch Gewerkschaften, NGOs, Finanzinstitute und örtliche oder internationale Gemeinden die Reputation eines Unternehmens in den umliegenden Gemeinden für die Unternehmensleitung ein wichtiger Faktor ist. Die meisten Befragten sehen Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Umweltfragen als primäre Themen für die Rechenschaftspflicht ihrer Unternehmen an. Ein wichtiger Punkt für unsere Mitgliedsorganisationen besteht darin, ob und wie wir die Sozialaudits von Unternehmen überwachen oder überprüfen können und ob wir Berichte auf der Grundlage von Erfahrungen vorlegen können, die im Gegensatz zu den Aussagen des Managements stehen. So oder so erfordert dies die aktive Mitarbeit unserer Mitglieder an einem solchen Prozess.

4.6 Internationale Finanzinstitutionen

4.6.1 Die Weltbank

Eine weitere Überprüfung der globalen Bergbaupolitik ist die Extractive Industries Review (EIR), ein von der Weltbank begonnener Prozess, um die zukünftige Rolle der Rohstoffindustrien (Öl, Gas, Bergbau) bei der Bekämpfung der Armut zu diskutieren. Vor dem Hintergrund der von der Zivilgesellschaft geäußerten Bedenken und angesichts der Verlagerung des eigenen Tätigkeitsschwerpunkts ist die Leitung der Weltbank davon überzeugt, dass eine Überprüfung der Rolle der Weltbank im Hinblick auf die Rohstoffindustrien überfällig geworden ist.

Die Weltbank verfolgt mit der EIR folgende spezifische Ziele:

- Ein besseres Verständnis der Ansichten der beteiligten gesellschaftlichen Interessengruppen über die beste zukünftige Rolle der Weltbank gegenüber der Rohstoffindustrie und bei der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Armutsbekämpfung.
- Benennung möglicher Konsensfelder im Hinblick auf die Rolle der Weltbank und bei wichtigen Themen sowie Benennung wichtiger Alternativen oder abweichender Meinungen.

- Auf Grundlage eines solchen besseren Verständnisses eine bedarfsweise Neuausrichtung zukünftiger Weltbankprogramme, Projekte und Prozesse innerhalb dieses Sektors unter Berücksichtigung langfristiger Ziele.

Als globaler Gewerkschaftsverband hat die ICEM über ihre Regionen an den regionalen Konsultationen in Ost- und Mitteleuropa, Lateinamerika, im südlichen Afrika und in Nordafrika, im Nahen Osten und in Asien teilgenommen. Die ICEM-Mitglieder, die bei den Konsultationen zugegen waren, berichteten mündlich in teilweise bewegender Weise über konkrete Erfahrungen und gaben Beispiele für die Auswirkungen der Weltbankpolitiken. Es wurde ebenfalls erörtert, wie Verbesserungen innerhalb dieser Industrie erreicht werden müssten

Für die Erstellung seines Abschlussberichts und der Empfehlungen an die Bank hat EIR-Chef Dr. Emil Salim eine Expertenberatergruppe eingesetzt, die der Industrie nahe steht. Die ICEM war ebenfalls eingeladen und hat sich an dieser Gruppe beteiligt. Auch hier bestand unsere wichtigste Aufgabe darin sicherzustellen, dass Arbeitsrechte in dem Bericht und den Empfehlungen der EIR zur Geltung kommen, allerdings nicht zu Lasten wichtiger wirtschaftlicher, sozialer und umweltrelevanter Belange.

Der Abschlussbericht und seine Empfehlungen mit dem Titel *Striking a Better Balance* wurde im Dezember 2003 auf einem Global Consultation Workshop der Interessengruppen der Industrie vorgelegt.⁴ Zur ICEM-Delegation gehörten der Präsident, der Vorsitzende der Bergbausektion und Gewerkschaftsführer aus Brasilien und der Ukraine. Der Bericht beinhaltet eine Reihe von Empfehlungen, die sich für die Interessen der Armen, der ArbeitnehmerInnen und der Menschenrechte einsetzen, ebenfalls für die Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen (auch als Voraussetzung für die Bewilligung von Krediten), für Kleinbergbau, Unfallschutz und Arbeitssicherheit, gute Sozialpläne und die Einrichtung eines „Fonds für den gerechten Übergang“ (Just Transition Funds) bei Minenschließungen.

Der Kernpunkt war die Forderung an die Weltbank, die Erschließung fossiler Brennstoffe nicht weiter zu unterstützen. Die ICEM hat die Empfehlungen begrüßt, sich aber gegen alle Vorschriften geäußert, die die Kohle- und Öl produzierenden Länder besonders auf der südlichen Hemisphäre benachteiligen würden.

Die Reaktion der Weltbankgruppe war für die Beschäftigten in den Rohstoffindustrien aus Sicht der Zielsetzung Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung eine Mischung aus guten und schlechten Nachrichten.

Keine ausdrückliche Verpflichtung in den folgenden Bereichen:

- Annahme und Umsetzung der IAO-Kernarbeitsnormen als Voraussetzung für zukünftige Kreditvergaben;
- Keine ernsthafte weitergehende Verpflichtung zur Unterstützung und Entwicklung der Kohle außer Privatisierung und Umstrukturierungsprogrammen für den Sektor;

Mögliche Unterstützung in den folgenden Bereichen:

- Fonds für den gerechten Übergang als Hilfen für die Bereitstellung adäquater Kompensationszahlungen, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für Ausbildungsmaßnahmen im Interesse der Beschäftigten und der Gemeinden vor Stilllegung einer Mine.

Unterstützung in den folgenden Bereichen:

- Kleinbergbau als Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur nachhaltigen Entwicklung;
- Einsetzung eines Lenkungsausschusses mit VertreterInnen der Nationen, der Institutionen, der Industrie und der Zivilgesellschaft zur Ausarbeitung eines

umfassenderen Programms für erneuerbare Energien und andere saubere Energieträger.

Die Bank hat eine Aktualisierung ihrer diversen Schutzpolitiken durchgeführt und damit die Empfehlungen über die Rechte indigener Völker, Armutsbekämpfung, Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung, Konsultation mit Zielgemeinden und Verwendung toxischer Substanzen einschließlich von Cyanid im Bergbau umgesetzt.

Die Bank hat ebenfalls einem globalen Workshop 2005 zugestimmt. Dort soll bewertet werden, wie weit es der Bank gelungen ist, die Rohstoffindustrien in Richtung nachhaltige Entwicklung zu bewegen. Die nachhaltige Entwicklung gilt als Mittel der Armutsbekämpfung.

4.6.2 Die Äquatorprinzipien

Die Finanzierung durch den privaten Sektor spielt eine wichtige Rolle bei der Finanzierung von Entwicklungsprogrammen überall auf der Welt. In Konsultation mit der IFC haben 27 Großbanken die Äquatorprinzipien angenommen, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und eine sozial verantwortliche Entwicklung fördern sollen. (Prüfung von Projektfinanzierungen auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit). Diese Prinzipien sollen als gemeinsame Basis und gemeinsamer Rahmen für die Umsetzung individueller, interner, umweltrelevanter und sozialer Verfahren und Normen der Projektfinanzierung in allen Wirtschaftszweigen einschließlich des Bergbaus auf globaler Ebene dienen.

Durch die Annahme dieser Prinzipien verpflichten sich die Banken zur sorgfältigen Prüfung aller Vorschläge, für die eine Projektfinanzierung erforderlich wird. Kredite über mehr als 50 Millionen Dollar werden nicht bewilligt, wenn der Kreditnehmer nicht in der Lage oder willens ist, soziale oder für die Umwelt wichtige Grundsätze und Prozesse zu befolgen.

Die Äquatorprinzipien lauten wie folgt:

- a) Beurteilung der grundlegenden ökologischen und sozialen Bedingungen
- b) Anforderungen gemäß der Gesetze und Bestimmungen des Projektlandes sowie gemäß anwendbarer internationaler Verträge und Vereinbarungen
- c) nachhaltige Entwicklung und Einsatz erneuerbarer Rohstoffe
- d) Schutz der menschlichen Gesundheit, Kulturgüter sowie der Artenvielfalt einschließlich bedrohte Arten und sensible Ökosysteme.
- e) Verwendung gefährlicher Substanzen
- f) Größere Gefahren.
- g) Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- h) Brandschutz und Sicherheit für Menschenleben.
- i) Sozioökonomische Auswirkungen.
- j) Landerwerb und Landnutzung
- k) Unfreiwillige Umsiedlung.
- l) Auswirkungen auf indigene Völker und Gemeinden.
- m) Kumulative Auswirkungen bestehender Projekte, des geplanten Projekts sowie erwarteter zukünftiger Projekte
- n) Einbeziehung betroffener Parteien in Entwurf, Überprüfung und Umsetzung des Projekts.
- o) Berücksichtigung von aus ökologischer und sozialer Sicht vorteilhafteren Alternativen.
- p) Effiziente Energieerzeugung, -bereitstellung und -nutzung.
- q) Vermeidung von Umweltverschmutzung und Abfall, Umweltschutz (Abwasser und Abgase) sowie Entsorgung fester und chemischer Abfälle

Es sei darauf hingewiesen, dass diese Prinzipien nicht ausdrücklich auf den Schutz von Menschen- und Gewerkschaftsrechten hinweisen. Es handelt sich um freiwillige Prinzipien, und es gibt keinerlei Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen gegenüber den unterzeichneten Banken. ABN AMRO, eine der Unterzeichnerbanken, verfügt über Minderheitsanteile an einer türkischen Quarzmine, die von der Gewerkschaft der Minenarbeiter der Türkei wegen Verletzung des Rechts auf Kollektivverhandlungen angeklagt wurde.

¹ Aus dem Johannesburger Aktionsplan

² “Over the top”, Editorial, Mining Journal, London, 8. März 2002

³ Auszug aus MMSD, Breaking New Ground, S. 90

⁴ Der vollständige EIR-Bericht steht unter www.eireview.org ode www.worldbank.org/omgc zur Verfügung

TEIL V: Die ICEM und ihre Mitglieder

Dieser letzte Teil des Berichts beschreibt die diversen Aktivitäten, die das ICEM-Sekretariat innerhalb des Berichtszeitraums in Angriff genommen hat. Dazu gehören Aktivitäten, die vom Kongress, dem Exekutivausschuss und dem Präsidium mandatiert wurden, und am Bedarfsfall orientierte Unterstützung für Mitgliedsgewerkschaften und Regionen. Wir haben insgesamt 144 Mitgliedsorganisationen in 85 Ländern auf allen Kontinenten. Keine andere Bergbauorganisation verfügt über ein Netzwerk vergleichbarer Größe – eine bemerkenswerte Leistung.

5.1 HIV/AIDS

Die schnelle Ausbreitung von HIV/AIDS hat nicht zu übersehende Auswirkungen auf die Bergbauindustrie. Arbeitnehmer, ihre Familien, Gemeinden, Unternehmen und die nationalen Volkswirtschaften sind betroffen. Die UN geht heute davon aus, dass zwischen 2001 und 2003 rund 38 Millionen Menschen mit dem Virus infiziert worden sind, mehr als 20 Millionen Menschen sind seit Identifizierung der ersten AIDS-Fälle 1981¹ gestorben. In mehreren Ländern ist die Infektionsrate innerhalb der Bergbaugemeinden deutlich höher als bei der allgemeinen Bevölkerung. Die Ursache hierfür liegt in dem Jahrhunderte alten Wanderarbeitnehmersystem und den von den Bergbauunternehmen zur Verfügung gestellten Heimen, in denen nur Männer untergebracht sind.

In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara haben Interessengruppen der Unternehmen auf lokaler und nationaler Ebene ernsthaft damit begonnen, durch Massenaufklärung, Behandlung und Gesundheitsprogramme für die von AIDS betroffenen Menschen die weitere Ausbreitung der Seuche zu bremsen. Es geht dabei nicht nur um Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, sondern um die öffentliche Gesundheit und Menschenrechte. Mehrere unserer Mitgliedsorganisationen haben dieses Thema zum zentralen Punkt ihrer Beratungsprogramme auf lokaler und nationaler Ebene gemacht, dazu gehören Partnerschaften mit Arbeitgeberorganisationen, Regierungen, NGOs und betroffenen Gemeinden.

Im Jahr 2000 hat die ICEM-Region Afrika eine Diskussion innerhalb unserer Mitgliedsorganisationen angestoßen, die zu einem Grundsatzpapier für unsere Mitglieder führte, bestimmt für die Verteilung auf nationaler Ebene und in organisierten Betrieben. Unterstützt wurde diese Initiative durch zwei erfolgreiche, vom Sekretariat organisierte globale Workshops. Unsere Strategie besteht aus den folgenden Punkten:

- Ausbildung von Shop Stewards zur Verhandlung von HIV / AIDS-Vereinbarungen;
- Schutz der Rechte der ArbeitnehmerInnen und Kampf gegen Diskriminierungen;
- Zugang aller Beschäftigten zu menschenwürdiger Arbeit mit fairen Löhnen, Sozialversicherung und grundlegender Gesundheitsversorgung am Arbeitsplatz und in den Gemeinden;
- Aufnahme einer Klausel in zukünftigen globalen Vereinbarungen, die die Behandlung der HIV / AIDS-Thematik auf Ebene der Betriebe anerkennt und sich dabei auf den IAO-Verhaltenskodex über HIV / AIDS und die Arbeitswelt beruft;
- Unterstützung von Gewerkschaftsaktivitäten auf internationaler Ebene durch die ICEM unter Berücksichtigung allgemeiner Probleme in den Gemeinden;
- Die Verfügbarkeit geeigneter und bezahlbarer Medikamente bleibt ein weiteres wichtiges Thema, da sie die Lebenserwartung der HIV / AIDS-Patienten verlängern und ihre Lebensqualität verbessern können;
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe aller ICEM-Mitglieder in jedem Land, Entwicklung von Maßnahmen auf Ebene dieser Länder.

Auf globaler Ebene gehen die Gespräche mit der Pharmaindustrie über die Bereitstellung preiswerter Arzneimittel weiter. Die ICEM hat sich ebenfalls an dem IAO-Programm über

HIV / AIDS und die Arbeitswelt beteiligt und sich über ein Projekt mit unserem Mitglied Mineworkers Union of Zambia beraten.

5.2 Kleinbergbau

Fast 80 – 100 Millionen Menschen, davon ein großer Teil Frauen und Kinder, sind besonders in den Entwicklungsländern im Kleinbergbau tätig oder davon abhängig. Die Bedeutung dieser Kleinbergbaubetriebe und die Probleme der Regierungen, die damit verbundenen Probleme in den Griff zu bekommen, werden auch auf internationaler Ebene und von einzelnen Geberregierungen erkannt. Der Kleinbergbau war Thema auf einer Reihe internationaler Veranstaltungen. 1995 hat die Weltbank zum Beispiel eine große Konferenz in Washington zu diesem Thema veranstaltet, und 1999 hat die IAO eine Dreierkonferenz über Sozial- und Arbeitsfragen im Kleinbergbau gehalten. In der Arbeitnehmergruppe auf der Konferenz waren auch ICEM-Mitglieder vertreten.

Nach Konsultationen mit mehreren Interessengruppen im Jahr 2000, auf denen der zwischenzeitlich verstorbene Damien Roland die ICEM vertreten hat, wurde das Weltbank/DfID-Kleinbergbauprogramm CASM offiziell im Jahre 2001 gegründet. DFID, die japanische Regierung und die Weltbank sind hier als Sponsoren zu nennen. Auf der globalen EIR-Konsultation in Lissabon im Dezember des vergangenen Jahres äußerte die ICEM Bedenken wegen der mangelnden Aufmerksamkeit, die diesem Sektor zuteil wird. Daraufhin wurde die ICEM zu CASM-Workshops und Tagungen eingeladen, und sie konnte einen Vertreter für die Strategic Management Advisory Group (SMAG) benennen. Die Funktionen der SMAG sind:

- Beiträge zu wichtigen CASM-Aktivitäten
- Beratung und Mitwirkung an der Entwicklung am strategischen 5-Jahres-Plan
- Prüfung der Fortschrittsberichte
- Gegebenenfalls Beteiligung an CASM-Aktivitäten.

Im Kontext unserer Sichtweise der nachhaltigen Entwicklung können es sich die in großen und modernen Minen arbeitenden Beschäftigten nicht leisten, die sozialen und umweltrelevanten Probleme dieses Sektors zu ignorieren. Die organisatorischen Fähigkeiten und die Erfahrungen unserer Mitglieder müssen in Ländern zur Geltung kommen, in denen wir zur ICEM gehörende Kollegen haben. Hier ist ein Kernpunkt der weiteren Entwicklung der internationalen Arbeitnehmersolidarität betroffen.

5.3 Das globale Rio Tinto-Netzwerk

Das globale Rio Tinto-Gewerkschaftsnetzwerk arbeitet mit Nachdruck daran, die Probleme darzustellen, mit denen sich Rio Tinto-Arbeitskräfte überall auf der Welt im Umgang mit lokalen Unternehmensleitungen befassen müssen. Das Netzwerk hat sich 2001 in Paracatu getroffen, und das 4. Zweijahrestreffen fand im September 2003 in Salt Lake City statt. Das Netzwerk, das von CFMEU vor dem Hintergrund lokaler Konflikte mit dem Konzern in der Blair Athol-Kohlenmine gegründet wurde, ist stetig gewachsen, heute sind daran ArbeitnehmerInnen in acht Ländern beteiligt. Koordinator des Netzwerks ist zurzeit die Gewerkschaft United Steelworkers of America (USWA), den Vorsitz hat Terry Bonds, Regional Director des USWA District 12. CFMEU bringt nach wie vor den Rio Tinto Global Network Newsletter heraus.

Im Februar dieses Jahres endete Australiens längster Arbeitskampf (2.049 Tage) mit der Wiedereinstellung von 16 entlassenen Arbeitnehmern durch die Blair Athol-Grube, veranlasst durch eine Anordnung der Australian Industrial Relations Commission. Vier der Arbeitnehmer kehrten sofort wieder an ihre Arbeitsplätze zurück, die anderen werden bei weiteren Einstellungen sofort berücksichtigt. Mit einem Sieg endete ebenfalls eine vierjährige Auseinandersetzung über die Entlassung von 190 Beschäftigten bei Hunter Valley No 1 und

Mount Thorley in New South Wales, Australien. Den Arbeitnehmern wurden Lohnnachzahlungen in Rekordhöhe von 25 Millionen Australischen Dollars zuerkannt.

Im Oktober 2002 versuchte das Management des zu Rio Tinto gehörenden Unternehmens Kennecott Utah Copper (KUC), die vom Kennecott Co-ordinated Bargaining Council vertretenen Beschäftigten zu überreden, ihr letztes „Take it or leave it“-Vertragsangebot anzunehmen. Daraus entstand ein mit aller Härte geführter achtmonatiger Konflikt. Mitte 2003 führte die Kupfernachfrage zu einer erneuten Verhandlungsrunde, nach der ein verbessertes Angebot mit Geltungsdauer bis 2009 von 80 % der Arbeitnehmer ratifiziert wurde. Im Anschluss an die Ratifizierung entließ das Unternehmen Beschäftigte für zwei Tage. Beschwerden wegen unfairer Diskriminierung wurden bei den zuständigen Staats- und Bundesbehörden eingelegt.

Bei diesen Auseinandersetzungen konnte das Netzwerk demonstrieren, wie wichtig und wirkungsvoll eine grenzüberschreitende Solidarität gegenüber einem einflussreichen Unternehmen ist, und welche Wirkung bereits einfache Maßnahmen wie Informationsaustausch und Solidaritätsadressen haben. Die Arbeitnehmervertretung überreichte auf der Veranstaltung in Salt Lake City eine unterzeichnete Petition mit der Aufforderung an das Unternehmen, eine globale Vereinbarung mit der ICEM zu unterzeichnen. Darüber hinaus beschlossen die Gewerkschaften, die lokale Unternehmensleitung in die „The Way We Work“-Philosophie des Konzerns einzubinden, eine „Tag der Menschenrechte“-Kampagne am 10. Dezember durchzuführen und das Netzwerk auf Wales, Frankreich und die International Brotherhood of Boilermakers auszudehnen.

Der Beschluss der KUC-Belegschaft, den Kampf fortzusetzen, wurde in Salt Lake City bekräftigt, nachdem es zu einem Treffen mit Arbeitnehmern und ihren Familien gekommen war. Auf diesem Treffen wurden vom Netzwerkvorsitzenden Berichte aus anderen Betrieben vorgelegt. In Simbabwe z. B. verdienen die Arbeitnehmer umgerechnet US\$ 40 pro Monat, nachdem die Landeswährung kräftig abgewertet wurde. In Simbabwe hat unser Mitglied, die Associated Mineworkers of Zimbabwe, zu einem Streik als Protest gegen die Weigerung des Managements aufgerufen, die Löhne neu zu verhandeln, obwohl dies von Rio Tinto als Ausgleich für die hohe Inflation und die Abwertung des Zim-Dollars versprochen worden war.

5.4 Globale Vereinbarung mit AngloGold

Im September 2002 wurde zwischen AngloGold, NUM und ICEM in Johannesburg eine globale Vereinbarung unterzeichnet – die erste in der globalen Bergbauindustrie und die erste mit einem Unternehmen der südlichen Halbkugel. Die Vereinbarung verpflichtet das Unternehmen zur Einhaltung international anerkannter Menschen- und Gewerkschaftsrechte und Umweltnormen sowie zur Förderung guter Beziehungen zu den lokalen Bergbaugemeinden. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung war AngloGold der weltweit größte Goldproduzent. Nach dem Zusammenschluss mit Ghanas Ashanti Goldfield im April dieses Jahres verfügt das Unternehmen entweder über Mehrheiten oder Anteile in Ghana, der Demokratischen Republik Kongo, Guinea, Argentinien, Brasilien, Mali, Namibia, Tansania, USA, Simbabwe, Kanada und Russland. Alaska, Kolumbien, die Mongolei, die Philippinen, Laos, Mittelamerika, China und Indonesien sind jetzt die nächsten Grenzen der Expansion. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 63.000 ArbeitnehmerInnen weltweit.

Die globale Vereinbarung wurde von der NUM auf den Prüfstand gestellt, als die örtliche Betriebsleitung der Geita-Mine in Tansania einer gemeinsamen TAMICO- und NUM-Delegation ein Treffen mit der Belegschaft verweigerte. Proteste der NUM beim CEO

bewirkten, dass die Delegation mit der Belegschaft sprechen konnte, und nach einer konzertierten Organisationskampagne traten 500 ArbeitnehmerInnen der Gewerkschaft bei. Das Unternehmen hat sich ebenfalls bereit erklärt, ein Austauschprogramm zwischen der NUM und Arbeitnehmern in Mali zu unterstützen. In Australien gab es Probleme in der Sunrise Dam Mine mit dem Umfang der Vereinbarung und der Frage, ob die CFMEU hier Vertretungsanspruch hat, da sie lediglich als Kohlegewerkschaft anerkannt ist.

5.5 Tödliche Unfälle in Bergbaubetrieben

Besonders der Untertagebergbau ist und bleibt eine extrem gefährliche Arbeit. Innerhalb des Berichtszeitraums informierten zahlreiche unserer Mitglieder das Sekretariat über größere Grubenunglücke mit Hunderten von Toten, verursacht in erster Linie durch einstürzendes Gestein, Ausrüstungsversagen, Explosionen und Überschwemmungen.

Von Mitgliedsgewerkschaften berichtete Unfälle.

	Grube	Grund	Tote
Aug. 2001	<i>Zasiadko, Donetsk Region, Ukraine</i>	Explosion	36 ²
Sept. 2001	<i>Brookwood, Alabama, US</i>	Methanexplosion	13
Feb. 2002	<i>Jasmos, Polen</i>	Untertageexplosion	10
Apr. 2003	<i>Tautona, Carletonville, Südafrika</i>	Einsturz	5
Apr. 2004	<i>Taizhina, Kusbass, Russland</i>	Methanexplosion	44
Juni 2004	<i>Sinjidi, Balochistan, Pakistan</i>	Methanexplosion	15

Nach diesen tragischen Unglücksfällen haben wir Beileidsschreiben an die Kollegen und die Familien der ums Leben gekommenen Bergleute geschickt. Die Ukraine, Russland und Pakistan haben das IAO-Übereinkommen 176 nicht ratifiziert.

Der Tod von 63 Bergleuten nach einer Untertageexplosion im Luling-Kohlebergwerk in China im Mai 2003 hat uns dazu veranlasst, einen Brief an Premierminister Hu Jintao zu schicken, eine Kopie ging an seinen Botschafter in Belgien. In dem Schreiben bringen wir unser Mitgefühl, aber auch unsere Sorgen wegen der hohen Anzahl tödlicher Unfälle in der chinesischen Kohleindustrie zum Ausdruck. Unter Verweis auf die Ergebnisse der IAO-Dreierkonferenz 2002, die Sicherheit in Bergwerken und das Übereinkommen 176 hat die ICEM angeboten, ihre Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich Arbeitsschutz in Bergwerken den chinesischen Behörden im Rahmen eines gemeinsamen Projekts zur Verfügung zu stellen. In ihrer Antwort über ihre Botschaft in Belgien hat sich die chinesische Regierung für die Vorschläge bedankt und ihre Kooperation in Aussicht gestellt.

Nach Gesprächen mit der IAO und dem ICMC wird nach der Weltkonferenz für den Bergbau ein erstes Dreiertreffen in China stattfinden. Wichtigstes Ziel dieses Treffens ist die Erkundung von Möglichkeiten für ein zukünftiges Joint Venture im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in Bergwerken.

5.6 Proteste gegen Minenstilllegungen, gewerkschaftsfeindliche Taktiken und Verletzung von Grundrechten

Einige unserer Mitgliedsgewerkschaften mussten sich mit den Folgen von schlecht geplanten Minenstilllegungen, Arbeitsplatzverlusten und Angriffen auf grundlegende Gewerkschaftsrechte auseinandersetzen. So haben wir Bitten um Unterstützung aus Sambia, der Türkei, Polen, Südafrika, Spanien und Peru für lokale Kampagnen entsprochen und Informationen über Gewerkschaftsaktionen an unsere Mitglieder weltweit und an die Medien weitergegeben. Die ICEM hat ebenfalls in einem Schreiben an den CEO von Drummond Coal gegen die aggressiven Maßnahmen des Unternehmens gegen seine Beschäftigten in Kolumbien protestiert. Die Regierung Uribe hat die Privatisierung der staatlichen

Bergbauindustrie des Landes beschlossen. Acht Gewerkschaften, darunter auch unser Mitglied Sintracarbon, beschlossen die Bildung einer gemeinsamen Front gegen diese unpopuläre politische Maßnahme. Die großen Bergbaukonzerne sind stark an der lukrativen Mineralindustrie interessiert.

Unser Mitglied, die Independent Miners Trade Union, führt eine vehemente Kampagne gegen die als katastrophal beschriebene Abwärtsspirale fehlender Investitionen in die Kohlebergwerke der Ukraine seit dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion. Im Rahmen eines Besuches konnten sich der Präsident und der Generalsekretär selbst vom Ernst der Lage überzeugen. Die Produktivität ist zurückgegangen, Investitionen in Ausrüstung und Sicherheit wurden gekürzt. Lohnrückstände sind ein weiteres ernsthaftes Problem. Im Verlauf der letzten 18 Monate sind die Bergleute und ihre Familien wegen der nicht gezahlten Löhne nicht nur in eine äußerst schwierige wirtschaftliche Situation geraten, die Regierung macht sich auch dubioser und illegaler Praktiken schuldig, denn obwohl sie das IAO-Übereinkommen 95 über den Lohnschutz ratifiziert hat, beläuft sich die den Belegschaften geschuldete Lohnsumme inzwischen auf 263.000 Euro.

Die Regierung versicht in einer brutalen Kampagne, die Gewerkschaften zu zerschlagen und die grundlegenden demokratischen Rechte der Arbeitnehmer (Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts) unter Verletzung der IAO-Übereinkommen 87 und 98 zu unterdrücken. Trotz dieser brutalen gewerkschaftsfeindlichen Kampagne ist unser Mitglied fest entschlossen, diesen Kampf zu gewinnen. Dabei hat die Gewerkschaft unsere volle Unterstützung.

Im Rahmen gemeinsamer nationaler Aktionen der großen Gewerkschaftsdachverbände der indischen Kohlebergleute konnte die Regierung dazu gebracht werden, die Mindestlöhne anzuheben und die soziale Situation der Arbeitnehmer zu verbessern.

In Südafrika bekam der Kampf gegen massive Arbeitsplatzverluste im Bergbau beträchtlichen Aufwind, als der Gewerkschaft der Erhalt von 500 Arbeitsplätzen im Kohlebergwerk von Biliton gelang. Weitere 4000 Stellen bei Harmony konnten gerettet werden, als die Gewerkschaft mit einem Streik gegen den Bruch einer Vereinbarung durch das Unternehmen protestierte, die vorher zur Rettung von Arbeitsplätzen geschlossen worden war.

5.7 IAO-Dreierkonferenz über die Entwicklung der Beschäftigung, Arbeitszeit und Ausbildung im Bergbau

Die Trends in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitszeit und Ausbildung waren das Thema einer tripartiten Konferenz im Oktober 2002. Die ICEM-Delegation bestand aus dem ICEM-Präsidenten, dem Vorsitzenden der Bergbausektion und VertreterInnen unserer Bergbaugewerkschaften aus Deutschland, Kanada, Bulgarien, der Ukraine, Indien, Peru, Chile, Russland, von den Philippinen, aus Ghana, der Republik Elfenbeinküste und Sambia. Die Mining Energy and Chemical Workers Union of China nahm ebenfalls teil. Die große Zahl der in den vergangenen fünf Jahren im Bergbau verlorenen Arbeitsplätze hat diese Tagung innerhalb des IAO-Kontextes zu einer wichtigen Veranstaltung gemacht. Der Verlust von Arbeitsplätzen wird trotz der steigenden Anzahl von Fremdfirmen in der Industrie weitergehen. Zusätzlich zu diesen Problemen wurden zwei weitere aktuelle Problembereiche erörtert: die weitere Ausbreitung und die Auswirkungen von HIV/AIDS und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung.

Auf der Konferenz wurde ein Konsens darüber erreicht, dass die gesellschaftlichen, umweltbezogenen und wirtschaftlichen Probleme der Bergbauindustrie in ausgewogener

Weise so gelöst werden müssen, dass eine sichere, gesunde, humane und produktive Industrie langfristig erhalten bleiben kann. Ein weiteres Problem sind die aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Arbeitskräfte, die demographische Entwicklung der Belegschaften und der zunehmende Einsatz von Leiharbeitern. Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen gemeinsam die „Decent Work Agenda“ der IAO voranbringen. Auf der IAO-Verwaltungsratssitzung im März 2003 wurden zwei Entschlüsse über Bergbaufinanzierung und die Entwicklung eines zukünftigen IAO-Arbeitsplans sowie die Schlussfolgerungen verabschiedet. Die ICEM hat Folgeinitiativen für die Bereiche in die Wege geleitet, die wir im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Mitglieder als wichtig ansehen.

Für die IAO ergeben sich folgende Prioritätsbereiche:

- *Forschungen über die Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz;*
- *Erhebung und Weitergabe von Beispielen für gute Praktiken bei Verschlinkung und Schließung von Unternehmen sowie von Maßnahmen, die deren negative sozio-ökonomischen Auswirkungen mindern;*
- *Fortsetzung der Arbeiten zur Förderung von Gesundheit und Sicherheit im Kleinbergbau;*
- *Aufbau von Netzwerken und Förderung des sozialen Dialogs über nachhaltige Entwicklung unter Berücksichtigung der Ergebnisse des UN-Weltgipfels; und*
- *Forcieren von Maßnahmen zur Förderung der Ratifizierung und Umsetzung des Übereinkommens 176 über Arbeitsschutz in Bergwerken sowie des Verhaltenskodex bei HIV/AIDS.*

5.8 Internationale Solidaritätskonferenz der Bergbaugewerkschaften und der maritimen Gewerkschaften

Gewerkschaftsmitglieder und GewerkschaftsführerInnen, die mehr als 2,7 Millionen Mitglieder in der Bergbau- und Energieindustrie sowie in der maritimen Industrie in Australien, Neuseeland, Deutschland, Südafrika, USA, Kanada, Japan und Frankreich vertreten, trafen sich im September 2002 in Newcastle, Australien. Auf dieser Konferenz wurden die Auswirkungen der Globalisierung auf unsere Mitglieder, ihre Familien und die Gesellschaft erörtert, um Möglichkeiten für praktische und effiziente Antworten zu finden.

Auf der Konferenz wurde eine weitere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern und der Internationale mit folgender Zielsetzung beschlossen:

- *Durchführen bewusstseinsbildender Maßnahmen bei der Basis, damit die Bedeutung der internationalen Solidarität für alle ArbeiterInnen verstanden wird;*
- *Organisation eines schwerpunktmäßigen Austauschprogramms zwischen Gewerkschaftsmitgliedern auf nationaler und internationaler Ebene, um Erfahrungen und Gedanken über spezielle Unternehmensthemen auszutauschen;*
- *Erkundung weiterer Allianzen zwischen Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene;*
- *Förderung von Frauen in den Wirtschaftszweigen Bergbau und Energie sowie in der maritimen Industrie sowie in unseren Gewerkschaften;*
- *Intensivierung unserer Organisationsinitiativen zur Vergrößerung unserer Mitgliederbasis durch die Organisation bisher gewerkschaftlich nicht vertretener ArbeitnehmerInnen und durch Rekrutierung zusätzlicher Mitgliedsgewerkschaften für unsere internationalen Verbände;*

- *Berichterstattung über unsere lokalen Auseinandersetzungen und Siege zur Motivierung von KollegInnen überall auf der Welt;*
- *Ausarbeitung der Idee einer Global Workers Charter (globale Charta für alle ArbeitnehmerInnen) als globales Organisationsinstrument, das die wichtigsten internationalen Verträge über Menschen- und Gewerkschaftsrechte beinhaltet;*
- *Veranstaltung regelmäßiger internationaler Aktionstage im Zusammenhang mit bestimmten Konflikten und Themen;*
- *Bildung von Allianzen und Durchführung gemeinsamer Aktionen mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen über Themen von gemeinsamem Interesse.*

Auf der Konferenz wurden alle mit uns übereinstimmenden Gewerkschaften in unseren Wirtschaftszweigen nachdrücklich aufgefordert, sich dieser Kampagne anzuschließen. Die ICEM und die ITF wurden aufgefordert, im Sinne dieser Strategie die Entwicklung von und die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Organisationen zu fördern. Die nächste Zweijahreskonferenz ist für den Mai 2005 in San Francisco geplant.

5.9 Gewerkschaftliche Aufbauprojekte

Der Bergbausektor in Afrika ist auf Wachstumskurs. Die Entwicklung einer starken und lebendigen Gewerkschaftsbasis muss dieses Wachstum begleiten. Das Shop Stewards Development Programme der ICEM ist jetzt in seinem vierten Jahr und hat ständig an Umfang zugenommen. Im Mittelpunkt dieses Programms steht der Aufbau von Führungsqualitäten, um die Gewerkschaften weiter aufzubauen, ihre Schlagkraft zu erhalten und mehr für die Mitglieder bewirken zu können. Auch die Förderung von Frauen ist hier ein wichtiger Punkt.

Unsere Präsenz in Zentral- und Ostafrika nimmt ebenfalls zu. In der DRC gibt es z. B. mehrere Gewerkschaften im Bergbausektor. Unsere Strategie zielt auf den Aufbau lokaler Kooperation und einer Stärkung der gewerkschaftlichen Basis. Unsere Mitglieder haben sich unter einem Ausschuss zusammengeschlossen, der von einem Projektleiter koordiniert wird. Dieser fungiert gleichzeitig als nationale Kontaktperson unter Aufsicht des Regionalbüros. Vierzehn neue Anträge auf Mitgliedschaft in der ICEM im Bereich Bergbau aus der DRC (12), Kenia und Eritrea wurden angenommen.

5.10 Arbeit vor Ort

Von unseren Bergbau-Mitgliedsgewerkschaften erhielten wir mehrere Einladungen, die wir angenommen haben. Dazu gehörten das Balkan-Netzwerk für Bergbau und Energie (2001 und 2002), die Rosugleprof Kohlekonferenz (2001), der NUM-Zentralausschuss (2002), eine Studienreise zur IGBCE (2002), die EMCEF-Bergbaukonferenz (2003 und 2004), EPS Serbien (2003), der Schwedische Ausschuss der Bergleute in Metallminen (2003) und die tschechischen Bergleute, OSPHG (2003). Die ICEM nahm ebenfalls an einer Konferenz über Bergbau, Finanzen und Nachhaltigkeit des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) teil (Januar 2002).

6. Schlussfolgerungen

Diese Konferenz wird zweifellos auf die Probleme und Herausforderungen eingehen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Bergleute haben ein ganz besonderes, leidenschaftliches Verhältnis zu ihrer Branche. Diese Leidenschaft hat ihre Wurzeln in einem Gefühl der Solidarität, denn alle Beschäftigten in diesem Sektor arbeiten unter schwierigen Bedingungen. In der heutigen globalen Bergbauindustrie muss diese Solidarität so weit gefasst werden, dass sie den Kapazitäts- und Kompetenzaufbau bei unseren Mitgliedern unterstützt und Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft gemeinsam dazu bringt, eine gute

Bergbaupolitik auf nationaler Ebene zu entwickeln und umzusetzen. So wie Konzerne ihre Erfahrungen miteinander teilen und voneinander lernen, steht der Durchführung ähnlicher Projekte und Programme durch unsere Mitgliedsorganisationen zur globalen Verbesserung des Bergbaus und zur Beendigung der Abwärtsspirale nichts im Wege. Unsere Mitglieder verfügen über umfassende Kenntnisse guter Bergbaupolitik, die allen zur Verfügung stehen. Unsere Vision von sicheren, humanen und dabei produktiven Industrien, die die Menschen und die Umwelt respektieren, muss unser Leitgedanke für alle Maßnahmen der kommenden vier Jahre sein.

¹ UNAIDS 2004 Bericht über die globale AIDS-Epidemie. Bangkok. 2004.

² Zum Zeitpunkt des Briefes an die Miners' Independent Union waren in den letzten drei Jahren 250 Arbeitnehmer ums Leben gekommen.